

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gelblich. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von H. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstr. 7 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hielt ihre dritte Jahres-Hauptversammlung am 17. und 18. September in Wiesbaden ab. Der kleine Konvent des Kurhauses war gut besetzt. Entsprechend der Zusammensetzung der Gesellschaft waren die Reichs- und Staatsregierungen gut vertreten. Wie immer, waren an der Veranstaltung die Gewerbeaufsichtsstellen durch Gewerbeärzte und Gewerbeärzte stark beteiligt. Ebenfalls fehlten wissenschaftliche Institute, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen waren ebenfalls vertreten. Die starke Vertretung der freien Gewerkschaften in diesem Jahre fiel angenehm auf.

Der Vorsitzende der Gesellschaft, Herr Geheimrat Dr. von Weimberg (Frankfurt a. M.), eröffnete die Versammlung und gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft im verflochtenen Geschäftsjahr. Er hob hervor, daß auch im letzten Jahre durch die Tätigkeit der Gesellschaft weitere Kreise auf die Bestrebungen derselben aufmerksam geworden sind, wodurch die Gewerbehygiene in Deutschland wesentliche Förderung erfahren hat. In der Gesellschaft arbeiten Regierungen und Behörden, Mediziner und Techniker, Arbeitgeber und Arbeitnehmer und sonstige Interessenten der Gewerbehygiene zusammen. Die Arbeit spiegelt sich wider in den Aufsätzen des Zentralblattes für Gewerbehygiene und Unfallverhütung und in den von der Gesellschaft herausgegebenen Schriften über gewerbehygienische Fragen. Dr. Weimberg hob hervor, daß durch ein kurzes Referat des Herrn Streine (Vorsitzender des Verbandes der Maler) auf der vorjährigen Hauptversammlung der technische Austausch der Gesellschaft zum Studium der Beseitigung von Rissen beim Tauch- und Spritzlackverfahren veranlaßt wurde. Die abgeschlossene Arbeit liegt nunmehr vor und wird bald im Druck erscheinen. Sie stellt jedenfalls eine Leistung von internationaler Bedeutung dar.

Die Versammlung beschäftigte sich mit den zwei Hauptpunkten Arbeit und Ermüdung und Gewerbliche Ohrenschädigungen und ihre Verhütung.

Die beiden Hauptverhandlungsgegenstände weckten in Arbeiterkreisen nicht genügendes Interesse. Der sachliche Inhalt der Vorträge stellte aber die Tatsache fest, daß das Ermüdungsproblem für die Gewerkschaften von ganz besonderer Bedeutung ist und seiner Lösung entgegengeführt werden muß. Auch die Ohrenschädigungen interessieren größere Kreise der Arbeiter, als allgemein angenommen wird.

In einem groß angelegten Referat entledigte sich Professor Dr. Unger, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, seiner Aufgabe. Nach seinen Ausführungen muß im Arbeiter vor allem der Mensch gewertet werden. Weder das Taylorsystem noch der Fordismus tragen diesen Anschauungen Rechnung. Im Interesse der Erhaltung unserer Volkskraft müssen wir uns aber bemühen, den menschlichen Arbeitsprozeß so zu gestalten, daß unter einem Minimum von Energieaufwand Höchstleistungen erzielt werden. Diese Ansicht wird von keiner Seite bestritten. Bei der Durchführung zeigt sich aber, daß die bei der Arbeit eintretende Ermüdung Höchstleistungen im Wege steht. Es fragt sich, ob diese Ermüdungen richtig und rechtzeitig erkannt und ausgeschaltet werden können. Da die Ermüdung wissenschaftlich noch nicht restlos umschrieben werden kann, wir also das Wesen der Ermüdung noch nicht vollständig kennen, müssen wir uns auf bereits bekannte Tatsachen stützen. Es gibt noch keine vollständigen Methoden, die einen Aufschluß über die Größe der Ermüdung geben. Ermüden können bei einer Arbeit die verschiedensten Organe. Es ist nicht anzunehmen, daß eine Ermüdung an sich schädlich wirken muß. Durch geeignete Maßnahmen und rechtzeitige Ruhe können die angeschafften Ermüdungsstoffe wieder restlos beseitigt werden. Bei mangelhafter Ruhe bleiben aber Ermüdungsreste zurück, die sich schließlich zu chronischer Ermüdungsschädigung auswachsen und zum Zusammenbruch führen können.

Die Arbeit wird eingeleitet durch Willensimpulse. Dadurch werden bestimmte Nervenzellen angeregt, die ihrerseits wieder auf bestimmte Bewegungsimpulse einwirken und so die Arbeit zustande bringen. An praktischen Beispielen wurde dargelegt, daß die betreffenden Nervenzellen ermüden können, während der Muskel noch arbeitsfähig bleibt. Durch elektrophysische Eingriffe läßt sich die gesunkene Leistungsfähigkeit des Muskels wieder erhöhen. Tritt ernüchternde Müdigkeit ein, kann durch Ausschaltung des elektrischen Anregers die Leistungsfähigkeit sofort wieder gesteigert werden, denn in der Zwischenzeit hat die in Frage kommende Nervenzelle den Nüchternstoff ausgeschieden und sich wieder erholen können. Aber auch ohne künstlichen Eingriff kann die Ermüdung für längere Zeit ausgeschaltet werden, denn der menschliche Organismus zeigt bei Ermüdung einer Nervenzelle oder eines Muskels die benachbarten Nervenzellen und benachbarten Muskeln zur Mitarbeit herbei. Dadurch werden immer größere Teile ermüdet, so daß ein allgemeiner Zusammenbruch erfolgen kann, wenn der Willensimpuls immer wieder zur Arbeit reizt. Wir wissen zwar nicht, wie der Willensimpuls zustande kommt, es steht aber fest, daß auch der Willensimpuls durch Ermüdung nachläßt und damit eine allgemeine Ermüdung eintritt, bevor ein Zusammenbruch erfolgt.

Wenn es gelingt, die notwendigen Zusammenhänge der Ermüdung zu erforschen und die Vorgänge bei der Ermüdung der Muskeln restlos zu erkennen, wird es möglich sein, die Ermüdung, unter Aufrechterhaltung des Allgemeinzustandes der Arbeiter, so weit hinauszuverschieben oder zu verhindern, daß eine Höchstleistung erzielt wird. Berücksichtigt man dabei werden die Art der Arbeit, die Arbeitszeit, klimatische Verhältnisse usw. Vor allem muß aber auf die richtige Körperhaltung geachtet werden, damit nicht unnötigerweise Anspannung zur Mitarbeit herangezogen werden, die die Ermüdung beschleunigen.

Dr. Lehmann (Berlin), Assistent für Arbeitsphysiologie am Kaiser-Wilhelm-Institut, machte zu den Ausführungen Ungers eine Reihe methodischer Bemerkungen. Vorbedingung zur Bekämpfung der Ermüdung ist die Messung des Energieverbrauches bei der Arbeit mit Hilfe des Respirationapparates. Diese Messungen lassen sich jedoch in Fabrikbetrieben nur selten vornehmen. Die grundlegenden Prinzipien müssen in Speziallaboratorien erprobt und dem Praktiker als fertiges Material in die Hand gegeben werden. Immerhin besteht aber die Möglichkeit, im Fabriklaboratorium oder in Versuchswerkstätten Gaswechseluntersuchungen vorzunehmen. Als besonders zweckmäßig werden die von Benedict und Douglas-Haldane beschriebenen Methoden bezeichnet.

Durch diese Methoden wird die Ermüdung bekämpft, die Notwendigkeit einer Ermüdungsmessung aber nicht aus der Welt ge-

schaft. Wenn es auch eine allgemein anwendbare Methode zur Messung der Ermüdung nicht gibt, so lassen bestimmte Verfahren doch in gewissen Einzelfällen ein Urteil über die Zunahme der Ermüdung zu. Bei kritischer Würdigung der erhaltenen Resultate läßt sich Wertvolles leisten.

Ungeübte Arbeiter ermüden schneller als eingearbeitete. Gut geübte Leute zeigen bei subjektiv starker Ermüdung kaum typische Formänderungen der Bewegungskurven bei der Arbeit, während ungeübte Leute bei wachsender Ermüdung ihre Körperstellung fortgesetzt ändern und viele unnütze und übermäßige Körperbewegungen ausführen.

Darauf sprach als Vertreter der deutschen Gewerbeärzte Gewerhemedizinrat Dr. Bethge (Wiesbaden) über das Thema: Arbeit und Ermüdung, Ermüdungsausgleich, Erholung. Die Verhältnisse, welche sich aus den beiden Faktoren der physiologischen und der psychologischen Ermüdung ergeben, wurden auf die Frage der Ermüdung in ihren Beziehungen zum Ermüdungsausgleich und zur Erholung hin genau untersucht, um festzustellen, wodurch dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer unter streng ärztlicher Kontrolle eine Vermeidung der Folgezustände der Ermüdung möglich ist und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um eine Leistungsförderung zu ermöglichen, ohne daß Ermüdungsreste von einer Arbeitsperiode in die andere verschleppt werden. Eine produktive Gewerbehygiene muß den Weg finden, um Ermüdung und Erschöpfung bei der Arbeit möglichst zu verringern. Der Arbeitgeber sei durch die Verordnungen schon an eine gewisse Raumhygiene gebunden; je mehr aber die Arbeitsstelle den Ansprüchen der Kultur entspreche, um so lieber verrichtet in dieser freundlichen Umgebung der Arbeiter seine Tätigkeit. Auch muß der Wille zum gewählten Beruf durch geeignete Beratung unterstützt werden und die wissenschaftliche Betriebsführung alle Erleichterungen technischer Art gewähren. Der ökonomische und kulturelle Optimalarbeitszeitpunkt mit seinen Beziehungen zur Arbeitszeit, den Pausen der Nacharbeit und der Ausfüllung der Freizeit wurde kurz umrissen. Bei der Auswahl der Arbeiter muß von seiten des Arbeitgebers besonders auf die Arbeitsanfälligen gesehen werden, daß ihre Einstellung zur Monotonie, zur verkürzten Arbeitszeit, zur funktionsverändernden Beanspruchung (Schwerbeschädigung, Kriegsverletzung) berücksichtigt wird. Die individuelle Konstitutionsformel der Eignung sollte in jedem Krankenhaus bei der Entlassung eines Arbeiters vorhergehend geprüft werden.

In einem zweiten Teil behandelte Dr. Bethge die medizinische Grundlage eines gesundheitsgemäßen Ermüdungsausgleiches. Dabei besprach er die anregungsbekämpfenden Mittel wie Kaffee, Tee, Tabak, Alkohol, und schloß mit einer kurzen Erwähnung der Wirkungen des Cigars, Arsen, Phosphorsäure und der übrigen von den pharmazeutischen Fabriken in den Handel gebrachten Präparate, die häufig von Sportleuten und Schwerarbeitern angewendet werden, ohne daß ärztliche Beratung stattgefunden hat. Der Schlaf der werktätigen Bevölkerung muß höher bemerkt werden. Dann kann auch eine richtige Ermüdung erreicht werden. Es gehört aber auch eine größere Pflege der Wohnkultur und eine Abkürzung des Arbeitsweges zur Verminderung der Ermüdung. Eine richtige Menschenwirtschaft und Menschenbehandlung wird auch Wege zur Kraft und Leistungsförderung finden ohne Erschöpfung und Raubbau an Volkskraft und Volkswirtschaft.

Als letzter Berichterstatter kam Professor Dr. Sachsenberg (Dresden) von der dortigen technischen Hochschule zum Wort. Er sprach über Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen auf dem Gebiete der Ermüdung und ihre Anwendbarkeit auf die Praxis. Zunächst machte er darauf aufmerksam, wie schwierig die Feststellung von Ermüdungsunterschieden für den Betrieb ist. Die meisten Untersuchungen der Ermüdung müssen versagen, weil sie für weniger gebildete Menschen nicht anwendbar sind. Ein anderer Teil der Untersuchungen ist wegen der Kompliziertheit und der Behinderung des Betriebes selbst nicht möglich. Eine Reihe von Ergebnissen konnte aus werksattähnlichen Versuchen nachgewiesen werden, die auch eine geringere Ermüdungsunterschiede nachweisen und für die Zukunft eine Entwicklung versprechen können. Als Laboratoriumsversuche können sie aber in ihren Ergebnissen nicht ohne weiteres auf die Fabrik übertragen werden. Zum Erfolg gehört aber eine Feststellung auch geringerer Ermüdungsunterschieden bei der Arbeit. Die Vorträge wurden in eingehender Diskussion noch wesentlich ergänzt.

Aber gewerbliche Ohrenschädigungen und ihre Verhütung sprach zunächst Sanitätsrat Dr. Peiser (Berlin). Er führte aus, daß in der Gewerbehygiene des Ohres weniger gesicherten Tatsachen viele noch ungelöste Probleme gegenüberstehen. Die bekanntesten Tatsachen beziehen sich hauptsächlich auf Schädigung des Mittelohres durch Einflüsse von Witterung, Temperatur, Feuchtigkeit, Staub, Säure, Dämpfen und auf die Kenntnis, daß gewisse Gifte sowie anoxiderendes oder überwertiges Geruch bestimmte Teile des Innenohres in stets gleichbleibender charakteristischer Weise schädigen. An einer Reihe von Lichtbildern werden solche Schädigungen demonstriert. Es steht aber fest, daß die Arbeiter selbst diesen Schädigungen meist gleichgültig gegenüberstehen und sie als unabwehrbar betrachten. Auf diesem Gebiete muß Wandel geschaffen werden, denn bei rechtzeitigen Eingriffen kann Schwerhörigkeit und Taubheit vermieden werden. Es bedarf aber auch großer Forschungsarbeit und Anwendung der Forschungsergebnisse in den Fabrikbetrieben, um die Ohrenschädigungen auszuschließen. Dabei spielt die Verhütung des Arbeitslärms, wie er in Webereien, Kesselschmieden usw. auftritt, die größte Rolle.

Gewerbearzt Dr. Mané aus Münster in Westfalen behandelte die Verhütung von Ohrenschädigungen vom technischen Standpunkt aus. Er unterschied zwischen Geräuschen und Erschütterungen, die durch Luftschall oder Bodenschall weitergeleitet werden, betonte aber, daß einmal der Wechsel der Arbeitsstelle und die Art der technischen Einrichtung dazu angetan sind, die Grenze zwischen Luftschall und Bodenschall zu verwischen. In längeren Ausführungen ging er auf die Isolierung des Schalles ein, wodurch die Geräusche gemindert, sicher von der Umgebung ferngehalten werden können.

In sogenannten kleinen Referaten wurden verschiedene neue Erscheinungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene behandelt. Geheimrat Professor Dr. Lehmann (Würzburg) sprach über Vanadinvergiftung. Vanadin dient zur Herstellung bestimmter Eisen- und Stahlsorten. Bei der Erzeugung von Vanadin treten Vergiftungserscheinungen auf, die er zu untersuchen hatte. Er selbst und sein Assistent haben sich der Einwirkung des Vanadins ausgesetzt und so am eigenen Leibe die Wirkungen studieren können. Bei dem damaligen Verfahren ließen sich diese Wirkungen kaum vermeiden. Es ist aber auf Grund der Versuche ein anderes Verfahren hergestellt worden, das Vanadinstaub vermeidet und somit die Gesundheitsgefahren ausschaltet.

Unser Kollege Haupt (Hannover) machte auf die Schädlichkeit des Keimtauchverfahrens in der Gummiriefenfabrikation aufmerk-

sam. Er wünschte, daß die krankheitszeugenden Stoffe in der Gummilösung erforscht und, wenn dies geschehen, unschädliche Gummilösungen verwendet werden sollen. Am zweckmäßigsten wäre die Mechanisierung des Tauchverfahrens, so daß die Arbeiter mit der Lösung nicht mehr direkt in Verbindung kommen.

Dr. Baader (Charlottenburg) gab einen außerordentlich interessanten Bericht über seinen Besuch der Quecksilberminen in Amador in Spanien. Er machte auf den ungeheuren Umfang der Quecksilbervergiftungen aufmerksam, trotzdem die Betriebsleitung in den letzten Jahren sehr vieles zur Vermeidung der Vergiftungen getan hat.

Geheimrat Professor Dr. Lehmann (Würzburg) ergänzte die Ausführungen Baaders dahingehend, daß er dieselben Quecksilbererkrankungen = 100 Prozent der Belgischschiff. Nach den Darstellungen Dr. Baaders, der einen verhältnismäßig geringeren Prozentsatz an Quecksilbervergiftungen berichtet, ist der Fortschritt zugunsten der Arbeiter in diesen Quecksilberminen unerkennbar.

Dr. Baader führte dann in einem sehr guten umfangreichen Film die Arbeit und Gesundheitsgefahren der Glashütten und ihre Verhütung vor.

Mit dieser Darstellung haben wir die für unseren Verband wichtigsten Vorgänge der gut verlaufenen Versammlung der Gesellschaft für Gewerbehygiene festgehalten.

Die Statistik im Dienste der Gewerkschaften.

Die Statistik ist eines der wichtigsten Hilfsmittel der Wissenschaft. Durch ihre methodische Anwendung dient sie der Erforschung von Tatsachen, die sonst dem Auge verborgen bleiben würden. Je mehr die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen sich ausdehnen, die Wirtschaftszweige ineinanderfließen, die soziale Schichtung der Menschheit unübersichtlicher würde, um so mehr mußte auch die Statistik zur Ausbildung und Geltung kommen. Erst zahlenmäßige Massenbeobachtungen geben dem Menschen einen Überblick über die einzelnen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens und stellen ihren Zusammenhang mit dem Ganzen dar. Auch in den Gewerkschaften hat die Statistik eine reiche Anwendung gefunden. Aus den einfachsten, primitivsten Anfängen heraus entwickelten die Arbeiterverbände ihre statistischen Erhebungen in ihren Grundlagen und in ihrer Systematik bis zur höchsten wissenschaftlichen Vollendung. Im Hinblick auf das 25jährige Bestehen der internationalen Gewerkschaftsverbände scheint es wohl angebracht, auch der statistischen Arbeiten der Gewerkschaften zu gedenken, zumal anerkannt werden muß, daß diese unendlich viel zur Entwicklung der Verbände, besonders aber zum Ausbau ihrer Leistungsfähigkeit beigetragen haben.

Die Erfüllung ihrer ureigensten Aufgabe: Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nötigte die Gewerkschaften schon frühzeitig, zur Begründung von Forderungen an die Arbeitgeber Erhebungen über die Höhe des Lohnes und die Dauer der Arbeitszeit vorzunehmen. Obwohl diese Feststellungen anfänglich meist örtlich begrenzt waren, griffen sie doch schon weit über den Mitgliederkreis hinaus, da jede Gewerkschaft bestrebt war, alle Berufsangehörigen in die Erhebung einzubeziehen, um ihr eine möglichst breite Grundlage zu geben. Damit wurden diese Aufnahmen auch ein gutes Werbemittel für die Gewerkschaften, indem die Nichtorganisierten in Berührung mit ihrer Berufsorganisation kamen und durch die Beantwortung der gestellten Fragen zum Nachdenken über ihre Lebenslage gebracht wurden, das sie dann in die Reihen ihrer organisierten Kollegen führte. Den älteren Gewerkschaften ist wohl auch noch in Erinnerung, daß solche Lohnhebung meist als die erste Aktion zu einer kurz darauf folgenden Lohnbewegung angesehen wurde. Bald dehnten die Gewerkschaften ihre Erhebungen auch auf gewerbehygienische und soziale Fragen aus, die weit schwieriger durchzuführen waren als die Feststellungen über Löhne und Arbeitszeit. Vielfach erhielt durch solche Erhebungen die Öffentlichkeit erst Kenntnis von schreienden Mißständen in Betrieben und der tiefstehenden sozialen Lage weiter Berufsgruppen. Die Erweckung des öffentlichen Bewußtseins durch solche Feststellungen bahnte dann der angestrebten Besserung der Verhältnisse nun so leichter den Weg. So haben die Erhebungen sehr viel zur Beseitigung der schlimmsten Auswüchse kapitalistischer Ausbeutung beigetragen.

Eine allgemeine Bedeutung erlangten die Gewerkschaftsstatistiken erst mit der Schaffung von Zentralverbänden, die die Berufsangehörigen des ganzen Landes in einheitlichen Organisationen zusammenfaßten. Ihre Verbreitung in zahlreichen örtlichen Verwaltungsstellen nötigte die Verbände schon aus verwaltungstechnischen Gründen zum Ausbau der Statistik. Nach dem Zusammenbruch der freigewerkschaftlichen Verbände in die frühere Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wurde von dieser im Jahre 1890 der Versuch unternommen, durch eine besondere Umfrage den Stand der Gewerkschaften im Deutschen Reich zu ermitteln. Diese Erhebung war jedoch nicht die erste ihrer Art. Bereits im Jahre 1877 wurde von Hamburg aus der Versuch gemacht, eine Übersicht über den damaligen Stand der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Diese Statistik wurde in der Nr. 4 des Dioniers vom 26. Februar 1878 veröffentlicht. Die Generalkommission hat die

Statistik in der Nr. 30 des Korrespondenzblattes vollständig wiedergegeben und sich damit ein großes Verdienst um die Erhaltung dieses historischen, aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz stammenden Dokuments erworben. Wir erfahren aus dieser Statistik, daß 1877 37 Gewerkschaften sozialistischer Richtung bestanden, darunter 26 Zentralvereinigungen, die an etwa 1300 Orten zusammen rund 50 000 Mitglieder hatten. Die Zahl der Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine wird dagegen auf 25 000 angegeben.

Die Ergebnisse der von der Generalkommission erstmalig aufgenommenen Organisationsstatistik wurden in der Nr. 28 des Korrespondenzblattes, Jahrgang 1891, veröffentlicht. Sie wiesen 53 Zentralverbände und 5 Gewerkschaften mit einem Vertrauensmännerstypem auf. Die ersteren hatten in 3150 Orten zusammen 277 733 und die letzteren in 712 Orten zusammen 73 467 Mitglieder. Diese Erhebung leitete die vom Jahre 1891 an aufgenommenen alljährlichen Statistiken über die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften ein. Mit dem ihm eigenen organisatorischen Blick hatte Karl Legien, der Vorsitzende der früheren Generalkommission, auch die erzieherische Seite der Statistik erkannt. Für ihn war die Statistik nicht allein ein Mittel zur Feststellung von Tatsachen, sondern sie sollte auch dazu beitragen, die Mängel der Gewerkschaften aufzudecken und sie zum Ausbau ihrer Einrichtungen und zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit zu veranlassen. Dieser Gedankengang Legiens tritt bei seinen späteren Besprechungen der Statistiken immer wieder hervor. So wurden diese den Gewerkschaften auch treue Wegweiser auf dem Wege zur wirtschaftlichen Macht. Heute blicken wir mit Genugtuung auf eine 35jährige Entwicklungszeit der Verbandsstatistik zurück, die uns eine geschichtliche Übersicht über das Werden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt. Bei dem Blick über diese Zahlenreihen wird sich die jüngere Gewerkschaftsgeneration kaum bewußt werden, mit welcher großer Ausdauer und mit welchem Fleiß gearbeitet werden mußte, um der Verbandsstatistik des ADGB die hervorragende Stelle zu geben, die sie heute einnimmt.

Bald nach seiner Bestellung als internationaler Sekretär der Gewerkschaften bemühte sich Legien auch um die Gewinnung einer zahlenmäßigen, vergleichbaren Übersicht über die Stärke der Gewerkschaften in den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Ländern. Da bei den einzelnen Nationen die Grundlagen, Einrichtungen und Methoden der Gewerkschaften sehr von einander abwichen und hierzu noch die Verschiedenartigkeit der Sprache und der Währung kommen, so ist es ungemein schwierig, zu einer streng vergleichbaren internationalen Statistik zu gelangen. Durch die Ausgabe einheitlicher Fragebogen zur Beantwortung für alle gewerkschaftlichen Landeszentralen sollte dieses Ziel, soweit es überhaupt möglich ist, erreicht werden. Die Erhebungen setzten mit dem Jahre 1904 ein und wurden sodann fortlaufend alljährlich vorgenommen. Leider wurde die Entwicklungreihe durch den Krieg unterbrochen. Die letzte in Deutschland ausgegebene internationale Gewerkschaftsstatistik bringt den Stand der Gewerkschaften im Jahre 1912 zur Darstellung. Die Übersichten hatten bis dahin bereits einen hohen Stand erreicht und gewährten einen guten Überblick über die gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse in den einzelnen Ländern. Die Herausgabe dieser internationalen Berichte in den drei Hauptsprachen, Englisch, Französisch und Deutsch, sicherte ihnen eine gute Verbreitung. Nach dem Kriege wurden die internationalen Statistiken von dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam wieder aufgenommen.

Neben der Verbandsstatistik werden vom Vorstand des ADGB alljährlich Erhebungen über den Stand der Ortsausschüsse, ihre Einrichtungen und ihre Kassenlage unternommen. Sie erschließen dem Auge das Gebiet einer ungemein wichtigen und vielseitigen Tätigkeit der Gewerkschaften. Für die Festigung des organisatorischen Aufbaues des ADGB erweisen sich gerade diese Statistiken als durchaus notwendig, obgleich ihre Bearbeitung einen erheblichen Aufwand an Arbeitsleistung beansprucht.

Einen breiten Raum innerhalb der gewerkschaftlichen Statistiken nehmen die Feststellungen über die Zahl, den Umfang und die Resultate der von den Gewerkschaften geführten wirtschaftlichen Kämpfe und Arbeitskämpfe ein. Da die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bzw. die Abwehr von Verschlechterungen die hauptsächlichste Aufgabe der Gewerkschaften ist, so legt natürlich der Verband großen Wert auf die statistische Zusammenfassung der von ihm geführten Bewegungen. Schon frühzeitig wandte sich die frühere Generalkommission auch diesem statistischen Gebiet zu. Der erste Versuch, eine Gesamtübersicht über alle von den Gewerkschaften geführten Arbeitskämpfe zu erhalten, wurde für die Jahre 1890 und 1891 unternommen. Im Jahre 1905 wurden diese Erhebungen auch auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung ausgedehnt. Die Grundlage der Statistik der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen bildet die Berichterstattung der Verwaltungen der Verbände über die Bewegungen, die in ihrem Bereich ohne und mit Arbeitseinstellung stattgefunden haben. Um die Einheitlichkeit dieser Berichterstattung zu gewährleisten werden für diese vom ADGB für die Verbände herausgegeben. Nach diesen Berichten werden in den Zentralbüros die Bewegungen und Arbeitskämpfe registriert und die Ergebnisse am Schlusse des Jahres zusammengefasst.

In enger Verbindung mit der Statistik der wirtschaftlichen Bewegungen steht die Berichterstattung der Gewerkschaften zu den amtlichen Statistiken der Tarifverträge im Deutschen Reich. Über jeden neuen Tarifabschluß oder jeden Nachtrag zu einem bestehenden Vertrage ist der Reichsarbeitsverwaltung auf besonderen dazu herausgegebenen Jahrbüchern zu berichten und derselben am Schlusse des Jahres eine Zusammenfassung der Tarifverträge zu liefern. Die Ergebnisse der Tarifstatistik werden in Sonder-

heften zum Reichsarbeitsblatt veröffentlicht. Hierbei ist auch erwähnt, daß dem gleichen Amte von den Gewerkschaften über die Zahl der arbeitslosen und vertrieben arbeitenden Mitglieder am Ende eines jeden Monats berichtet wird. Diese Zahlungen basieren gleichfalls auf besonderem amtlichen Zählmaterial. Ihre Durchführung setzt eine sehr exakte Berichterstattung der Verwaltungen voraus. Die Ergebnisse finden Verwendung zur Beleuchtung des Beschäftigungsgrades, sie bilden ein wesentliches Hilfsmittel zur Beurteilung des Verlaufs wirtschaftlicher Konjunkturschwankungen. In diesen amtlichen Statistiken sind nicht nur die im ADGB vereinigten Verbände, sondern auch die Gewerkschaften der übrigen Organisationseinrichtungen beteiligt.

Eine seit dem Jahre 1919 vom Vorstand des ADGB laufend geführte Statistik über die Höhe der tariflichen Zeitzölne kann als der jüngste Zweig der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik bezeichnet werden. Durch diese Statistik soll die Entwicklung der Löhne beobachtet und den Verbänden Material zur Betreibung ihrer Lohnpolitik gegeben werden. Sie weist die Spitzenlöhne männlicher Vollarbeiter von 44 und die weiblicher Vollarbeiter von 15 Berufen für 48 Orte aus. In bestimmten Zeitabschnitten — bis Ende 1925 vierteljährlich, jetzt halbjährlich — wird der jeweilige Stand der Löhne tabellarisch in der Gewerkschaftszeitung bekanntgegeben. Zur schnellsten Information der Verbandsfunktionäre über eingetretene Lohnänderungen werden besondere monatliche Übersichten mit einer eingeschränkten Zahl vom Bundesvorstand herausgegeben.

Die Erfüllung der statistischen Aufgaben der Gewerkschaften, die im Rahmen einer kurzen Darstellung nur allgemein umrissen, nicht aber erschöpfend behandelt werden können, erheischen eine unendliche Fülle von Register- und Schreibe- und zentralen Verwaltungsstellen. Ihre Leitung erfordert hohe geistige Eigenschaften und Sinn für strenge Systematik. In den größeren Gewerkschaften sind im Laufe der Jahre zur Erledigung der statistischen Arbeiten besondere statistische Abteilungen entstanden, die zahlreiche Arbeitskräfte beanspruchen. Zum mindesten sind in den Verwaltungen mittlerer Verbände bestimmte Angestellte mit der Erledigung statistischer Arbeiten betraut, da von Personen, die noch mit anderen Obliegenheiten belastet sind, die statistischen Arbeiten nicht mehr ausreichend wahrgenommen werden können. Erfordern diese doch nicht nur eine Konzentration der Gedanken auf eine bestimmte Aufgabe, sondern auch Promptheit in der Erledigung, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Die Früchte aller dieser Arbeiten treten hervor in einer reichen Fülle statistischen Materials, das in den Geschäftsübersichten, Jahrbüchern usw. der Verbände niedergelegt ist. Soweit die hier erwähnten allgemeinen Statistiken in Frage kommen, sei hier besonders auf die Jahrbücher des ADGB hingewiesen. Das Jahrbuch für 1925 enthält außerdem die Hauptergebnisse einer einmaligen Lohnhebung, von der 145 000 Lohnempfänger erfasst wurden, die sicherlich eine große Beachtung finden dürfte. Das weitschichtige Gebiet der gewerkschaftlichen Statistik kann in einer kurzen Darstellung nur umrissen, nicht aber erschöpfend behandelt werden. Das Studium ihrer Entwicklung zeigt uns ihre große Bedeutung für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Jeder Werttätige muß für die Organisation Propaganda machen.

Ununterbrochene Erziehungs- und Aufklärungsarbeit unter den Mitarbeitern zu verrichten, ist die Hauptaufgabe eines organisierten Arbeiters. Ganz gleich, ob Mann oder Frau, Jüngling oder Jungfrau, haben sie sich im ureigensten Interesse dieser Obliegenheit zu widmen, weil davon die eigene Stärke und Schlagkraft abhängig ist. Die Unterlassung und die Mangelhaftigkeit dieser unerlässlichen Organisationsarbeit verhindert die Erlangung der Macht, die die Organisation benötigt, um ihren Mitgliedern den wirksamen Schutz angedeihen lassen zu können. Erfolge durch die Gunst der Verhältnisse, mit nicht im erforderlichen Maße und ungenügend ausgeklärten Mitgliedern erzielt, sind Augenblickeerfolge, keine dauernden. Angriffe, die solchen „Ertragschaften“ meistens folgen, können oft nur schwer, manchmal überhaupt nicht abgewehrt werden, sie gehen deshalb wieder verloren. Es bedarf dann — wie die Erfahrung lehrt — jahrelanger Mühe, den eroberten Zustand wieder herzustellen. Das sind Verluste, die für jeden Gewerkschaftler eine Selbstverständlichkeit darstellen sollten, was aber leider nicht immer der Fall ist.

In Versammlungen kann recht oft wahrgenommen werden, wenn man den Aufgaben der Organisation gesprochen wird, daß die Aufmerksamkeit der Zuhörer abflaut und sich eine fast ungläubige Interesslosigkeit zu erkennen gibt, denn den Ausführungen des Redners bei einem solchen Thema wird nicht das gleiche Interesse entgegengebracht, als wenn es sich um Behandlung von Lohnfragen dreht. Wenn man wohl dem einzelnen Vortragenden Beachtung schenkt und anerkennt, daß Lohnfragen bei Engherung und dauernder Arbeitslosigkeit viel eher Sympathie auslösen als reine Organisationsangelegenheiten, so stimmt es doch wiederdrückend, daß die Meinung vieler Mitglieder — auch langjähriger — dahin geht, daß ihnen nichts „Neues“ gesagt werde, denn an den Aufgaben der Organisation habe sich nichts geändert; dieselben wären wie früher. Die Hauptaufgabe sei noch immer: die einzelnen Kräfte zusammenzufassen, sie zu einem Ganzen zu vereinigen. Die letztere Begründung ist ohne jeden Zweifel richtig, denn durch das Zusammenfassen der einzelnen Kräfte wird die Organisation ja erst in die Lage versetzt, ihren Einfluß bei den erforderlichen Lohnkämpfen hervorzuheben. Aber es genügt nicht, sich mit diesen Tatsachen zu begnügen. Jeder muß es als seine Pflicht, als Arbeiterehre empfinden, alles zu tun, um als vollwertiges, organisationsfähiges Mitglied innerhalb der Organisation sein Betätigungsfeld anzuschlagen. Laufende von Fällen sind bekannt, wo man wohl den „Anreißer“ zu erhöhten Löhnen macht, bei Erfolg gering zur Lohnhöhe greift, aber nicht im geringsten sich darüber Sorge macht, wer oder welche Kräfte den Erfolg verhängen. Der Organisation gegenüber die Pflichten zu erfüllen, für sie zu agitieren, Beiträge zu bezahlen, fällt diesen Schrittlern ohne Sinn nicht ein.

Wir dürfen auch nicht bloße Beitragszahler sein, sondern müssen uns hinwenden in die verhängende praktische Arbeit der Organisation. Dieses Wissen kann sich jeder erwerben, der es ernstlich für notwendig hält, die Kräfte in die Gewerkschaftsleiter zu fassen. Nicht nur die Berichte, sondern die Statistiken werden allen Kleinigkeiten die Augen öffnen, damit sie erkennen lernen die Erfolge der Organisation. Man blättere aber nicht neugierig in den letzten Berichten herum, sondern ziehe zum Vergleich ältere Berichte und Protokolle heran. Die Organisation

benötigt Mitglieder, die den Willen besitzen, als Kämpfer sich einzusetzen bei Befestigung der kapitalistischen Ordnung. Wie kann aber die Zusammenfassung der schon erwähnten Aufgaben wohl theoretisch anerkannt werden, die praktische Mitarbeit jedoch unterbleibt? Wie soll der einzelne, noch Fernstehende erfasst, für die Organisation gewonnen und auch erhalten werden, wenn wir nicht in der Lage sein sollten, ihn von dem Wert, der Notwendigkeit des Zusammenflusses zu überzeugen, ihn über richtige Anschauungen in dieser Hinsicht aufzuklären zu können? Der Hinweis allein, daß es dem Arbeiter gelegentlich einer Lohnbewegung auch möglich sein wird, eine Lohnhebung zu bekommen, darf nicht das alleinige Mittel sein zur Gewinnung von Mitgliedern. Der Neugewonnene, dessen wachsendes Denken sich darauf eingestellt ist, die Organisation als einen automatischen Lohnhebungsapparat zu betrachten, wird enttäuscht, wenn der Apparat bedingt durch finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse, einmal verlegt, wird nicht mehr und wieder nicht von seinen Klassenossen wieder ab. Solchen Enttäuschungen, die in der Tat anstrengend wirken — und das sie wirken, dafür sorgen schon die unterschiedlichen Gegner der Arbeiterbewegung — muß möglichst vorgebeugt werden. Sie können aber, oder besser gesagt, vermindert auftreten, wenn durch die notwendige Aufklärungsarbeit vorgebeugt wird. Es wird dann viel weniger vorkommen, daß die reine Lohnfrage über die Mitgliedschaft entscheidet. Wenn es unrichtig ist, daß die Aufgaben der Organisation die gleichen wie früher geblieben sind, dann darf auch in dieser Beziehung die unerlässliche Aufklärungsarbeit nicht unterbleiben. Es wäre der größte Fehler, der begangen würde, wenn in einer Zeit, in der alle Gegner der Arbeiterschaft sich bemühen — davon ändern auch die in letzter Zeit gemachten Erfahrungen von Vorjahren der Arbeitgeberverbände oder sonstiger Syndikats wenig — die Arbeiterschaft teilnahmslos, stumpf, sich abseits vom Gros stellen und es den nun einmal vorhandenen Schmarckern ermöglichen, durch Anwendung aller erdenklichen Mittel die Werttätigen wieder zu wehrlosen Hörigen des Kapitalismus zu machen. Die Zeit ist gerade ernst genug, deshalb ist es dringend notwendig, daß sich die Arbeiterschaft der Pflichten gegenüber der eigenen Klasse bewußt ist, das erfordert schon die Arbeiterehre. Die Arbeiterschaft hat wertvolle Errungenschaften — wenn sie auch lange noch nicht als ausreichend betrachtet werden — zu verlieren, deshalb auch die ausgereiften Bemühungen der Gegner bezüglich des Abbaues der Löhne und der sozialen Einrichtungen. Diesen Angriffen nicht nur standzuhalten, sie mit Erfolg zurückzuschlagen, dazu bedarf es des Bewußtseins der zeitigen Verbesserungen, besonders auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes, der Sozialpolitik. Ohne genügende Aufklärung der Massen gibt es keine wirksame Verteidigung. Solche kann nur unternommen werden mit Gewerkschaftsmitgliedern, denen der Zweck der Organisation völlig klar ist. Man spare deshalb nicht am falschen Ende, indem man der Organisation fernbleibt, ihr die paar Pfennig Beiträge vorenthält, dem Unternehmertum aber die Möglichkeit gibt, die Arbeiterschaft durch Lohnabzug, Hintertreibung der Tarifschlüsse usw. wesentlich in Markbeträgen zu schröpfen. Wer hinter diese „Schliche“ des Unternehmertums — Ausnahmen bestreiten die Regel — noch nicht gekommen ist, dem ist freilich schwer zu helfen. Trotzdem gilt es, die durch die Gewerkschaften geschaffene unermüdbare Aufklärungsarbeit fortzusetzen, damit auch der letzte Unorganisierte sich einreicht in die große zeltbewachte Kämpferschar der Minderbemittelten und Notleidenden. Deshalb:

Auf, Kollegen, zum Verbande
reicht euch überall die Hand . . . ! gr.

Jugendbewegung.

An die Jugend heran!

Wenn dieser Ruf ertönt, so geschieht es aus dem Grunde, um die Jugend zu schulen und zu beraten, sie geistig zu kräftigen zu den Aufgaben, die schon jetzt und auch in der Zukunft in Hülle und Fülle an sie herantreten werden. Die Zukunft baut sich auf auf unserer Jugend! Diese Worte hört man fast in allen Volksschichten und Parteirichtungen. Und in der Tat: je wissensbedürftiger unsere Jugend ist, je mehr sie erkennen lernt, daß Wissen Macht bedeutet, je mehr sie sich hineinsetzt in das praktische Alltagsleben und den Geist anstrengt, um einzudringen nicht nur in die Wunder der Natur, sondern überhaupt in alles Werden und Wirken der wirtschaftlichen (ökonomischen) und gesellschaftlichen (sozialen) Verhältnisse, in alle Zusammenhänge, desto besser wird es um ihre Zukunft bestellt sein, geistig und auch beruflich. Unsere Pflicht als Arbeiterklasse ist es, besonders auf diese Zusammenhänge hinzuweisen, weil gerade wir besonderen Wert darauf legen müssen, den Nachwuchs für die moderne Arbeiterbewegung zu gewinnen. Das wird um so leichter sein, wenn auch die älteren Personen sich hineinsetzen in das jugendliche Gemüt und Rückschau halten in die eigenen Empfindungen und „Erlebnisse“. Nur ein geistig gesteigertes Körper wird in der Lage sein, Dinge zu meistern, die abnormen oder geistig zurückgebliebenen Personen als etwas Fremdes, als ein „versiegeltes Buch“ erscheinen. Eindringen heißt es in die uns umgebenden unsichtbaren „Gewalten“, mögen sie auch noch so den Schein des Harmlosen wahren, um zu erkennen, daß alles Werden und Vergehen natürlichen Ursprungs ist. Hat die Jugend erst einmal erkannt, daß innige Zusammenhänge bestehen zwischen allem, was uns umgibt, daß es nichts Aberirdisches gibt, was diesen Zusammenhang verändert, dann ist schon ein kleines Ventil geöffnet, damit die Wirklichkeit hineinströmen kann.

Nicht nur die Frühlingszeit, die besondere Belüftungszeit der Jugend, soll uns als Lehrer dienen, sondern auch andere Zeiten. Und wenn das freudestrahlende Gesicht unserer Jugend sich im Freien verfinstert ob all der Gegenstände in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, so sollen wir die blaffen Wangen der Jugend röten, indem wir aufklärend wirken und hinweisen auf den alles zermalmenden Kapitalismus, der weder Jugend noch Alter schont, sei es im Arbeits- oder Ausbungerungsprozeß. Keine schiffende Elternhand vermag die kapitalistischen Leiden von der Jugend fernzuhalten. Unerbittlich wird der Arbeitssklave an die Fesseln des Kapitalismus geschmiedet.

Aufklärung und nochmals Aufklärung ist notwendig. Unsere Jugend muß gehärtet werden für die Zukunft. Denksfähige Menschen sollen erzogen werden. Die Jugendbewegung an sich soll keine Schwärmerei darstellen, sondern sie soll Wegweiser sein für unsere junge Nachkommenschaft. Dazu gehört auch, daß man in Dankbarkeit der Eltern gedenkt, sich leiten läßt von den Erfahrungen der Älteren, sich freiwillig unterordnet unter die Wünsche der Erwachsenen, soweit dies der Aufklärung und den Interessen der Arbeiterschaft dienlich ist. Eigener Trost schadet nur. Schon mancher Jugendliche hat sich in reiferen Jahren schamhaft erinnert der Anmaßungen, die man Älteren früher gegenüber abte. Jeder von uns muß sich einordnen in das Gesamtgefüge und tätig sein zum Wohle der Allgemeinheit. Aber auch mit Stolz

Sollen die Eltern auf ihre Kinder blicken, wenn sie bestrebt sind, ihr Wissen zu bekräftigen und Anteil nehmen an den jeweiligen Geschicken. Dazu ist aber unbedingt notwendig, daß der Jugend der Weg zur Organisation gewiesen wird. Wenn es noch Eltern geben sollte, die dies in der notwendigen Form bislang noch nicht begriffen haben, so soll die Jugend selbst sich frei machen von allen unliebsamen Einflüssen, wie sie leider auch heute noch in Erscheinung treten. Die Jugend muß vor allem den bürgerlichen Sportverleihen entzogen und der modernen Arbeiterbewegung zugeführt werden. Es ist bitter betäubend, daß noch ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen dieser Bewegung fernsteht, gewissermaßen eigene Wege geht zum eigenen Verderb. Restlos gebhren die jugendlichen Arbeiter in die Arbeiter-Jugendorganisationen, wo sie Sport in größtem Ausmaß treiben können, ohne daß ihr Geist und Körper gefährdet wird durch Lehren und Maßnahmen derjenigen Kreise, die ihr ganzes Tun und Denken eingestellt haben zur Bekämpfung der Arbeiterklasse, ihrer eigenen Eltern.

Voller Schutz muß den Jugendlichen gewährt werden. Die Beschlüsse, die bereits in dieser Frage gefaßt wurden zeigen, daß die Möglichkeit besteht, in gemeinsamer Arbeit vorwärts zu kommen. Führt man in dieser Hinsicht weiter, dann wird die Jugend denkungsreicher gestaltet werden. Es wird ihr dann nicht mehr schwer fallen, zu entscheiden, worin ihr weiteres Denken und Wirken bestehen soll. Niemals darf gebuhlet werden, daß unsere junge Nachkommenschaft im Interesse des Kapitalismus ausgebeutet wird. Man soll ihr Entwicklungsmöglichkeiten bieten, aber keine Zurückdrängung in die fast unsichtbaren Fesseln des Profits einzelner Volkskreise. Aus diesem Grunde müssen Anstalten getroffen werden, die es verhindern, daß der Willkür Tür und Tor geöffnet werden. Vor allen Dingen muß der Jugend die Schulliteratur entzogen werden, die geradezu diese jungen Herzen im Keime vergiftet. Hier sollten die Eltern oder die sonst in Betracht kommenden Personen eingreifen, auf dieses Unwesen ihr Augenmerk richten. Großes Unheil haben diese blutrünstigen Schmäcker schon zuwege gebracht, weil die kindliche Phantasie leicht auf solche Abenteuerromane reagiert. Die Folge davon ist, daß manches Geschriebene den schmutzigen Quellen der Verrohung entspringt. In den deutschen Arbeiterbibliotheken gibt es eine Fülle von nicht nur schönen, sondern auch lehrreichen Büchern und Broschüren, die Wunder wirken, wenn sie eingehend gelesen werden. Gedichte oder sonstige Erzählungen, die den Verhältnissen und Erlebnissen der Arbeiterklasse angepaßt sind, bilden stets eine nicht zu unterschätzende Anregung für die jungen Herzen, wenn ihnen der Zweck klargemacht wird in geeigneter Form.

Die Behandlung der Jugendfrage kann und darf nicht schematisch betrieben werden, solange nicht eine einheitliche Zusammenfassung vorhanden ist, weil die wirtschaftlichen Existenzverhältnisse, die Sitten und Gebräuche, die religiösen Anschauungen sehr verschieden sind. Trotzdem wird jeder einzelne, der ehrlich bestrebt ist, der Arbeiterjugend Berater und Lehrer zu sein, zu jeder Zeit den richtigen Weg finden, um die Jugend auf den richtigen Weg zu weisen. Nichts wäre verhänglicher, als wissensbegierige Fragesteller vor den „Kopf zu stoßen“, in der Ansicht, daß es sich um einen sogenannten „Frühklugen“ oder „Neugierigen“ handelt. Alles kann selbst ein erwachsener Mensch nicht wissen, deshalb soll jeder, der in der Lage ist, willig und gern Rat und Auskunft erteilen. Ältere Personen sollten sich deshalb auch nicht gekränkt fühlen, wenn ein jugendlicher Mitarbeiter über Fragen unterrichtet ist, die selbst den älteren Arbeitern es unmöglich machen, diese zu klären. Derartige Fälle gibt es in großer Menge. Es wäre auch geradezu beschämend, wenn unsere Jugend nach den heutigen Schul- und Bildungsgelegenheiten nicht in der Lage sein sollte, Fragen zu beantworten, die den Älteren — oder sagen wir den Alten — in der Schule nie beigebracht werden konnten, weil entweder die Lehrmethode noch eine primitive oder aber der Lehrstoff doch grundverschieden war gegenüber der heutigen Zeit. Immerhin ist noch ein beträchtlicher Anteil der Jugend vorhanden, der noch recht viel lernen muß.

In erster Linie ist es notwendig, daß die heranwachsende Jugend mit der Gewerkschaftsbewegung vertraut gemacht wird. Dort findet sie alles vorhanden, nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch. Ist einmal erkannt worden, daß die arbeitende Klasse des Zusammengehörigkeitsgefühls bedarf, daß jeder, ob jung oder alt, sich betätigen muß in dieser Beziehung, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange zu werden. Dann haben wir den notwendigen Kräfteaufschwung, um kämpfen zu können und zum Ziele zu gelangen. Deshalb nochmals: An die Jugend heran!

Verschiedene Industrien

Zur wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Heimarbeit.

Wer als Sozialpolitiker die Heimarbeitfrage behandeln und zu ihrer Lösung beitragen will, sollte in erster Linie alle Gruppen von Heimarbeitern kennen lernen. Nur von einer Gruppe, etwa der bestgestellten, auszugehen und sich von deren etwas gehobenen Lebensweise beeinflussen zu lassen, ist falsch. Von diesem falschen Standpunkt hat sich aber Herr Professor Dr. Arndt in Frankfurt a. M. leiten lassen, als er 1922 über die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Heimarbeit schrieb. Es liegt sehr nahe, daß durch ein allzu beschränktes Betrachtungsfeld die Hauptfrage des Problems umgangen wird) ob absichtlich oder fahrlässig, soll dahingestellt bleiben. Um zu zeigen, wie Herr Dr. Arndt die Heimarbeitfrage ansaßt, lassen wir einige Zitate seiner Ausführungen hier folgen:

„Wirtschaftsweise bedeutet Asylsucht zur Heimarbeit nicht ohne weiteres, wie so mancher meint, Versinken ins Elend. Vielmehr bietet die Heimarbeit dem Bedrängten in den weissen Wänden eine wirkliche Rettung, zum mindesten eine wesentliche Linderung der Not. Gewiß fristen viele Heimarbeiter und Heimarbeitinnen nur ein dürftiges Dasein; aber es ist doch eine angeerbte Heimarbeit, wenn man die Heimarbeit ganz allgemein als die „Armen der Armen“ bezeichnet und ihr Schicksal, wie es so oft geschieht, als ganz trostlos hinstellt.“

Dieses Zitat zeigt, daß Dr. Arndt nicht die Hauptfrage beachtet, nämlich die Heimarbeit als Hauptberuf. Mit den

Worten: „Gewiß fristen viele Heimarbeiter und Heimarbeitinnen nur ein dürftiges Dasein“, glaubt Herr Dr. Arndt anscheinend die geradezu grauenhaften Zustände in der Lebensweise dieser Gruppe, auf die es bei Lösung des Problems in der Hauptsache ankommt, hinweggehen zu können. So vorsichtig der Saßbau des Zitates abgefaßt ist, für den wirklichen Kenner der Heimarbeiterverhältnisse ist es nicht schwer, zu erkennen, daß die Tendenz der Schreibweise nach dem Standpunkt der Unternehmer riecht.

In einem weiteren Zitat schreibt Herr Dr. Arndt:

„Die Mängel der Tatsachenfeststellung werden vielfach durch eine Verkenntung der Ursachen der Schäden, die sich bei den Untersuchungen zeigen, noch vergrößert. Das schlimmste „Heimarbeiterele“, das in den gewöhnlichen oberflächlichen Darstellungen aufgedeckt wird, hat durchweg mit der Heimarbeit nichts zu tun. In jenen Elendsbildern, die entworfen werden, um Mitleid und Reformeser wachzurufen, ist die Heimarbeit nur ein zufälliger Begleitumstand, während die Quelle des Übels an einer ganz anderen Stelle liegt. Prüft man die einzelnen „krassen“ Fälle genauer, so findet man regelmäßig, daß die wirklichen Ursachen von Not, und manchmal auch Schande, besondere Unglücksfälle Krankheit, Tod des Ernährers, Anerkennung, Trunksucht, Trägheit, Liederlichkeit u. dgl. sind.“

Diese Ausführungen zeigen, daß der Verfasser die Frage der Heimarbeit vom Standpunkt des gut bürgerlich orientierten Sozialpolitikers betrachtet, und daß sie deshalb einseitig, ja sogar beleidigend für die Heimarbeiter wirken müssen. Gerade die Feststellung Dr. Arndts, daß die Not der Heimarbeiter in manchen Fällen nur Begleitumstand sei, die wirkliche Not aber ganz andere Ursachen habe, ist wieder Beweis dafür, daß dem Betrachter des Problems die Umsicht für die Beurteilung der Heimarbeiterverhältnisse im allgemeinen fehlt. Der kleinbäuerliche Nebenerwerb und die Füllarbeit für Hausfrauen, nach welchen Gesichtspunkten Herr Dr. Arndt die Heimarbeitfrage überhaupt zu lösen gedenkt, scheinen dem Herrn Professor den Blick für das wirkliche Heimarbeiterele getrübt zu haben. Es ist im allgemeinen nicht so, daß der Mensch erst dann zur Heimarbeit greift, wenn er in Not geraten oder er mit Krankheit, Trunksucht, Trägheit, Liederlichkeit u. dgl. behaftet ist. Wer diese Annahmen zu Regelfällen macht, handelt unrichtig und trifft nicht den Kern des Problems.

In der Regel war bis vor kurzer Zeit die hausindustrielle Beschäftigung in hohem Maße eine traditionelle. Diese Tradition war aber keine gewollte. Mancher Junge eines Heimarbeiters hätte gern ein Handwerk oder sonst einen Beruf erlernt. Das konnte in den allermeisten Fällen deshalb nicht geschehen, weil die Eltern in ihrer Not, trotzdem beide gesund waren und trotzdem der Vater kein Trunkenbold war oder sich einem lieblichen Lebenswandel hingegeben hatte, nicht in der Lage waren, den Jungen freizugeben. Das Freigeben des 14jährigen Jungen als Arbeitskraft hätte die Familiennot vergrößert. Man muß das wirkliche Heimarbeiterele mit durchlebt haben, und zwar schon als Kind, man muß die seelischen Empfindungen von Heimarbeitersfamilien, sowohl die der Kinder wie die der Eltern, in sich aufgenommen haben, um überhaupt erkennen zu können, unter welchen qualvollen Verhältnissen diese Menschen leben.

Es ist eine allgemeine Tatsache, daß überall dort, wo die Not am größten, die höchste Sehnsucht nach einer besseren Lebensweise vorhanden ist. Weil es aber fast nur immer bei der Sehnsucht geblieben ist, und weil die Erkenntnis den Heimarbeitern kam, daß auch eine 120stündige Arbeitswoche keine bessere Lebensmöglichkeit brachte, deshalb sind dort demoralisierende Erscheinungen als Folge einer verkehrten Unternehmer- und auch Staatspolitik gegen die Heimarbeiter in Erscheinung getreten. Fast überall, wo bei der Berufsheimarbeitersfamilie beim Vater Trunksucht, bei den Kindern Trägheit, im allgemeinen Liederlichkeit auftrah, sind diese Erscheinungen auf das Kapitel Verzweiflungsakt ehemaliger friedlicher und ehrlicher Menschen zu buchen. Menschen, die Opfer der brutalen kapitalistischen Gesellschaftsordnung geworden sind, die verjumpt sind, weil die herrschende Klasse es gewissenlos geschehen ließ. Wer diese Tatsache nicht sieht, ja, wer sie sogar verdecken will, der handelt ganz bestimmt nicht menschenfreundlich, oder er sieht Wirkungen, aber nicht deren Ursachen.

In einem weiteren Absatz sagt Dr. Arndt:

„Die Heimarbeiter (namentlich die unter ihnen die Mehrzahl bildenden Frauen) sind in der Regel nicht besonders gewöhnlich ausgebildet, meistens „ungelehrt“ oder nur „angelernt“, wenig anpassungsfähig und unternehmungslustig, häufig schwerfällig und ungeschickt (nur an einfache bäuerliche Handlungen gewöhnt), oft schwächlich, kränklich, in höherem Alter. Der jünger, kräftiger, elastischer, unternehmungslustiger, kehrt meistens, wenn die Verhältnisse es irgend erlauben, der Heimarbeit den Rücken. Aus den Heimarbeitersfamilien wandern die jungen Männer oft scharenweise aus, manchmal nur zeitweilig, oft auf immer, und suchen ein besseres Fess zur Betätigung ihrer Arbeitskraft. Die Zurückgebliebenen sind dann eine Auslese der Schwächeren, weniger Leistungsfähigen.“

Es soll nicht angezweifelt werden, daß die Verhältnisse des Heimarbeitertyps, wie ihn Herr Dr. Arndt unter den Oberwälder oder Tannusheimarbeitern kennengelernt hat, so sind, wie in vorstehendem Zitat angegeben. Aber es ist nur der Typ, der aus dem Kleinbauernstum herauswächst. Es muß deshalb noch einmal ausdrücklich festgestellt werden, daß mit solcher Betrachtungsweise allein das allgemeine Problem der Heimarbeit nicht zu lösen ist. Über darauf kommt es an, und deshalb wirken die Feststellungen Dr. Arndts hemmend, vor allem aber lohndrückend. Man stelle sich vor, wie das auf die gesetzgebenden Körperschaften einwirken muß, wenn ein anerkannter Sozialpolitiker wie Dr. Arndt Sätze über die Heimarbeit prägt wie: „Sie sind weniger anpassungsfähig, häufig schwerfällig und ungeschickt, nur an einfache bäuerliche Handlungen gewöhnt, oft schwächlich, kränklich und in höherem Alter.“ Wenn es so um die Heimarbeiter bestellt wäre, wie hier angeführt, dann könnte man allerdings von einer segensreichen Wirkung auf die in tiefer Not stehenden Menschen sprechen. Wo bleiben nun aber die vielen gesunden Jünglinge und Mädchen und die im besten Mannes- und Frauenalter stehenden Heimarbeiter aus der Hausindustrie? Von diesen kann man doch nicht behaupten, daß sie schwerfällig und ungeschickt, faul oder verlossen sind, und wie die schönen Ausdrücke des Herrn Dr. Arndt weiter heißen. Der Herr Professor sollte einmal die Fertigkeit der Heim-

arbeiter aus verschiedenen Gegenden genauer ansehen. Als objektiv können seine unrichtigen Darlegungen nicht gewertet werden.

An anderer Stelle sagt Dr. Arndt:

„Die Heimarbeit ist schon häufig als „Füllarbeit“ bezeichnet worden. Man dachte dabei an die Ausfüllung der freien Zeit der Kleinbauern im Winter und bei schlechtem Wetter, der Hausfrau nach Erledigung ihrer häuslichen Arbeiten, des kleinen Handwerkers in Zeiten der Geschäftsstille usw. Der Ausdruck ist auch durchaus angemessen. Man kann in ihn sogar noch mehr hineinlegen, als ursprünglich in ihm enthalten war. Heimarbeit ist Füllarbeit im weitesten Sinne. Sie fällt in der Volkswirtschaft die Lücken aus, die dort entstehen, wo Hauswerk, Handwerk und Fabrikindustrie sich zweckmäßigerweise nicht mehr oder noch nicht entwickeln, bzw. wo sie ohne Schaden entbehrlich werden können. Die Hausindustrie sammelt die in verkehrsfernen Dörfern, aber auch mitten in der Großstadt oder sonst irgendwo brach liegenden Arbeitskräfte zu produktivem Schaffen. Sie gibt insbesondere den nur teilweise Erwerbssfähigen (Schwachen, Kränklichen, Krüppeln, Greisen) und den durch andere Pflichten (Haushalt, Krankenpflege, Landwirtschaft) in Anspruch Genommenen, den „Halben“, „Dritteln“ und „Vierteln“ Arbeitskräften, Arbeitsgelegenheit.“

Hier wird neben den ländlichen brachliegenden Arbeitskräften auch von solchen in der Großstadt gesprochen, die zu produktivem Schaffen gesammelt werden. Auch hier trifft Dr. Arndt nicht das Richtige. Mag die Heimarbeit zum Teil Füllarbeit sein, vergessen darf bei Behandlung dieser Frage auf keinen Fall werden, daß es eine ganze Reihe selbständiger Hausindustrien gibt, die mit Füllarbeit gar nichts zu tun haben.

Nun heißt es weiter:

„Die Heimarbeit ist — davon hat man auszugehen — der minderertragsreiche Teil der gewerblichen Produktion. Sie steht zweifellos hinter der Fabrikarbeit zurück. Also, damit ist sie nicht gerichtet. Bringt sie auch weniger ein als ihre kräftigere Schwester, so hat sie doch innerhalb der gesamten Volkswirtschaft, die Großes und Kleines, Hohes und Tiefes, Starkes und Schwaches, auch viel Mittelmäßiges, neben Erstklassigem reichlich Zweck, Drist, Wert, Fünftklassiges in unendlicher Mannigfaltigkeit enthält, ihre zwar bescheidene, aber nicht unwichtige, gesicherte Stelle.“

Daß die Heimarbeit weniger ertragsreich ist als ihre Schwester, die Fabrikarbeit, trifft nur auf die Heimarbeiter selbst zu, und zwar auf die Entlohnung derselben. Für den Unternehmer kann sie je nach Umständen ertragsreichere Wirkung haben als die Fabrikarbeit, denn sonst würde der Unternehmer in solchen Fällen keine Heimarbeit vergeben. Der alte „Ladenbäuer“, daß der Unternehmer sich bei Vergabung von Heimarbeit vom Standpunkt der Wohlhabt leiten läßt, die er den von Dr. Arndt angeführten Typen angebeihen lassen will, hinkt. Dieses Märchen glaubt heute kein Mensch mehr, und deshalb sollte man auch endlich davon schweigen.

In einer Auseinandersetzung mit Sombart über die Unternehmerrückläufigkeit in der Hausindustrie schreibt Dr. Arndt:

„Überall sind es in erster Linie die Arbeiter, die in die Hausindustrie drängen, so schrieb Sittman auf Grund seiner eingehenden Untersuchungen aller Heimarbeiterszweige in Baden. Unsere umfassenden Untersuchungen der Heimarbeit im rheinmännischen Wirtschaftsgebiet haben diese Beobachtung durchweg bestätigt. Und man wird nirgendwo etwas anderes finden, wenn man nur die Augen aufmacht. Die lebendige Wirklichkeit zeigt ein gänzlich anderes Bild als jene erklagelte Theorie, die ein Teil eines ganz verschwundenen ökonomischen Systems, des Marxismus, ist.“

Der grundsätzliche Irrtum ist immer und immer wieder, in den Dr. Arndt verfällt, daß er von einzelnen Beantwortungen seiner Fragestellungen an einzelne Heimarbeiter auf die allgemeine Lage der Heimarbeiter überhaupt schließt. Wenn man z. B. im Schwarzwald einen alten Wärfenmacher fragt: „Na, Alter, gefällt dir deine Arbeit?“, und der Befragte sagt „Ja“, und wenn man diese Frage an einige andere erneut stellt, und man bekommt von ihnen, trotzdem diesen Leuten der Hunger und die Sorge aus den Augen herausguckt, dieselbe Antwort, so ist es noch lange nicht gerechtfertigt, daraus zu schließen, daß diese gestragten Leute mit ihrem Schicksal zufrieden sind. Wer auf solche Antworten hereinfällt, um den ist es geschehen. Er wird in die tieferen und psychologischen Verhältnisse des Heimarbeiters nicht hineindringen können, und gerade auf den Seelenzustand des Heimarbeiters kommt es an, wenn man zur Heimarbeitfrage Stellung nehmen will.

Fest steht, daß dort, wo die wirtschaftliche Not für Menschen Dauererscheinung ist, die Betroffenen sich ihrer Not gar nicht richtig bewußt werden, und zwar deshalb, weil durch die andauernden Verhältnisse neben der körperlichen Verkümmern auch der geistige Mensch verkümmert. Psychologen haben auch schon lange herausgefunden, daß gerade diese durch dauernde Entbehrung gedrückten Heimarbeiter Sehnsucht von ungeahnter Größe in sich haben. Es ist aber auch schon sehr häufig die Beobachtung gemacht worden, daß Heimarbeiter, über ihre Verhältnisse befragt, sich ihrer armliehen Verhältnisse schämen und dieselben besser hingestellt haben, als sie in Wirklichkeit waren, oder sie sind noch weiter gegangen und haben auf alle Fragen einfach geantwortet: „man muß eben zufrieden sein“ oder Ähnliches mehr.

O Knechtschaft,
Donnerston dem Ohre,
Racht dem Verstand und Schreckengang im Denken,
Dem Herzen quälendes Gefühl!

In diesen Schillerworten prägt sich der aus sozialer und wirtschaftlicher Not gewordene Seelenzustand der Heimarbeiter aus.

Die Behauptung Dr. Arndts, „die Arbeiter drängen sich überall in erster Linie in die Hausindustrie“, muß als eine sehr kahne bezeichnet werden. Zutreffen kann das nur auf die von Dr. Arndt genannten Kleinbauern usw. Die meisten Berufsheimarbeiter wären froh, wenn sie ihrem Los enttinnen und anstatt der nicht lohnenden Heimarbeit einer anderen Beschäftigung nachgehen könnten.

Und nun zum letzten und interessantesten Zitat von Dr. Arndt. Hier sagt er sogar zum Schluß, daß der Heimarbeiter den Unternehmer ausbeutet. Als Erwiderung auf Sombarts „Ausbeutungstheorie in der Hausindustrie“ schreibt Dr. Arndt:

„Für uns kommt im besonderen die „Ausbeutung“ in der Hausindustrie in Betracht. Darf man es wagen, auch sie anzuzweifeln? Ist sie nicht in Tausenden von Fällen einwandfrei nachgewiesen? Nun, es läßt sich vielleicht noch einiges einwenden.“

Aber man mißverstehe uns nicht: Es gibt natürlich „Ausbeutung“ in der Hausindustrie, wie sie auch in der Fabrik vorkommt, und wie wir sie überhaupt in allen Lebensverhältnissen nur zu häufig antreffen. Der Mensch ist zu unvollkommen und selbstständig, als daß er seine Macht gegenüber seinen Mitmenschen nicht gelegentlich mißbraucht. Die Möglichkeit, ausgebeutet zu werden, besteht nicht nur für den Arbeiter. Auch der Kapitalbesitzer hat mit ihr zu rechnen; gegen Überbereicherung ist er nicht geschützt. Selbst der Unternehmer kann rücksichtslos oder gewissenlos Menschen zum Opfer fallen; vielleicht wenn ihn ein Konjunkturrückgang in eine able Lage gebracht hat. Ist es ausgeschlossen, daß gelegentlich der Arbeiter den Unternehmer „ausbeutet“? Man müßte mit Blindheit geschlagen sein wenn man es leugnen wollte.

Das ist eine Bilanzleistung. Alles was recht ist, aber auch das Wegdiskutieren von Tatsachen muß eine Grenze haben. Wenn diese Grenze vom Professor Dr. Arndt nicht eingehalten wurde, muß ihm gesagt werden, daß zu dick aufgetragene Sätze in der Regel eine dem Verfasser nicht angenehme Wirkung ausüben. Die in ihr Gegenteil verdrehte Ausbeutungstheorie ist eine wissenschaftliche Leistung ganz besonderer Art. Als ehemaliger Berufsheimarbeiter gestattete sich der Unterzeichnete zu betonen, daß die Feststellungen von Sombart und Willbrandt das Wirkliche viel besser und mit mehr Wahrscheinlichkeit getroffen haben als Professor Dr. Arndt.

S. Ellein.

Arbeiterschutz und Arbeitsversicherung.

Änderungen in der Reichs- und Angestelltenversicherungs-Gesetzgebung.

L. N. Im Reichsgesetzblatt vom 28. Juni und im Reichsarbeitsblatt vom 9. Juli ist das vom Reichstag am 25. Juni 1926 beschlossene Gesetz zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestellten-Versicherungsgesetzes veröffentlicht.

Von den Änderungen ist sowohl die Unfall-, die Invaliden- wie auch die Angestelltenversicherung betroffen. Die Änderungen selbst beziehen sich vor allem auf die Bestimmungen, die den Bezug von Kinderzulagen, Kinderzuschüssen und Waisenrenten und den Rentenbezug aus mehreren Reichsversicherungen regeln. Um es gleich vorweg zu nehmen: die neu beschlossenen Änderungen in der Reichsversicherungs- und Angestelltenversicherungsgesetzgebung bringen für die Versicherten nur geringe Verbesserungen, dafür aber um so mehr sehr einschneidende Verschlechterungen. In der Unfallversicherung treten folgende Änderungen ein:

Nach den bisherigen Bestimmungen erhielt der Verletzte, wenn er eine Rente von 50 und mehr v. H. der Vollrente bezog, für jedes Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahr eine Kinderzulage. Das Kind des durch Unfall Geföteten erhielt eine Waisenrente bis zum vollendeten 15. Lebensjahr. Rannmehr wird jene Zulage über das 15. Lebensjahr hinaus gewährt, wenn das Kind des Verletzten nach Vollendung des 15. Lebensjahres sich noch in Berufs- oder Schulausbildung befindet. Über das 21. Lebensjahr hinaus wird die Kinderzulage nicht gewährt. Dieselben Bestimmungen gelten auch für die Waisenrente.

Diese Änderungen könnten zweifellos eine Verbesserung bringen. Die Mehrzahl der Rentenbezieher wird aber nicht in den Genuß dieser Verbesserung kommen, da es die soziale Lage, in der sich die Rentenbezieher befinden, es ihnen nicht erlaubt, ihre Kinder in die Lehre oder gar auf eine höhere Schule zu schicken.

Die Änderungen in der Invalidenversicherung sind folgende: Bisher hatte der Rentenbezieher für jedes Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahr — auch jede Waise —, gleichgültig, ob sie in Schul- oder Berufsausbildung stand, Kinderzuschuß bzw. Waisenrente erhalten. Nach den neuen Bestimmungen wird der Kinderzuschuß über die Waisenrente nur noch bis zum vollendeten 15. Lebensjahr gewährt. Nur dann wird der Kinderzuschuß oder die Waisenrente über das 15. Lebensjahr hinaus weitergewährt (über das 21. Jahr hinaus jedoch nicht), wenn Berufs- oder Schulausbildung vorliegt.

Die Herabsetzung des Alters bis auf 21 Jahre kann als keine Verbesserung gebacht werden, da nur für einen ganz geringen Prozentsatz der Rentenbezieher die Voraussetzungen für den Bezug des Kinderzuschusses oder der Waisenrente über das 15. Lebensjahr gegeben sein werden. Aber die Herabsetzung des Alters vom 18. Lebensjahr auf das 15. bedeutet für die Rentenbezieher eine ganz gewaltige Verschlechterung. Der Unterhaltszuschuß, den der Invalide für seine Kinder oder die Waise bis zum 18. Lebensjahr erhalten hat, hat etwas dazu beigetragen, die Not zu lindern. Nun fällt dieser Zuschuß für 3 Jahre weg. Die Wirkungen hiervon werden die Rentenbezieher bald zu spüren bekommen.

Die Änderungen in der Angestelltenversicherung sind von der gleichen Natur wie bei der Invalidenversicherung. Auch in der Angestelltenversicherung wurden der Kinderzuschuß und die Waisenrente, gleichgültig, ob Berufs- oder Schulausbildung vorlag, bis zum vollendeten 18. Lebensjahre gewährt. Das Alter für die Bezugsberechtigung wurde hier ebenfalls zurückgesetzt, und zwar auch vom 18. Lebensjahr auf das 15. Liegt Berufs- oder Schulausbildung vor, so wird hier der Kinderzuschuß und die Waisenrente ebenfalls über das 15. Lebensjahr hinaus gewährt, aber nicht über das 21.

Was ganz einschneidend, verschlechtestend Form sind die Bestimmungen, die den gemeinsamen Bezug von Unfall- und Invalidenrente oder von Unfall- und Angestelltenrente betreffen. Bisher die Gesetzgebung vom 21. Juni d. J. erfolgte, kam die Invaliden- und Hinterbliebenen- und Angestelltenrente stets neben der Unfallrente zur Auszahlung. Ein Arbei der Bezüge traf nicht ein. Diese Norm war durchaus gerecht und angebracht. Nunmehr werden die Renten, die man aus mehreren Reichsversicherungen bezieht, miteinander verrechnet.

Der neue Stand ist nun folgender: Ist die Invalidität Folge eines einschneidenden Unfalls, so ruht der Teil des Grundbetrags der Invalidenrente, der dem vom Versicherten bezogenen Teile der Vollrente aus der Unfallversicherung entspricht. Oder aus dem Gesetzgeber ins einfache Deutsch übersetzt: Beträgt ein Beispiel der vom Versicherten bezogene Teil der Vollrente 50 v. H., so werden vom Grundbetrag der Invalidenrente — der Grundbetrag beträgt 161 RM jährlich, wenn eine solche Rente bezogen wird — 50 v. H. in Abzug gebracht. Gilt die Invalidität wegen Verschlimmerung der Unfallfolgen nachträglich als Folge des Unfalls, so darf die Abzugsvorschrift nicht zur Kürzung des bisherigen Gesamtrentenbetrags angewandt werden, d. h. die Invalidenrente darf nicht gekürzt werden.

Ist der Tod des Versicherten Folge eines einschneidenden Unfalls, so ruht neben der Rente aus der Unfallversicherung, der Betrag der Hinterbliebenenrente aus der Invalidenversicherung, d. h. der Grundbetrag aus der Invalidenversicherung für die Witwe sechs Zehntel und für Kind oder Waise fünf Zehntel, kommt nicht zur Auszahlung, er ruht. In bemerkenswerter Weise der Betrag, der ruht, den Betrag der Unfallrente nicht übersteigen darf. Übersteigen die Gesamtbezüge aus der Unfall- und Invalidenversicherung den Jahresarbeitsverdienst (was jetzt der Fall sehr häufig ist), so ruht der Betrag der Unfallrente nicht übersteigen darf. Übersteigen die Gesamtbezüge aus der Unfall- und Invalidenversicherung den Jahresarbeitsverdienst, so ruht der Betrag, der diese Prozentsätze übersteigt.

Zwischen mehrere Hinterbliebenenrenten (z. B. Witwen- und Waisenrente) aus der Unfall- und Invalidenversicherung zusammen, so ruht sie nach dem Verhältnis ihrer Höhe, soweit die Gesamtbezüge aller Hinterbliebenenrenten achtzig v. H. des maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes übersteigen. Bezieht der Versicherte eine

Kinderzulage aus der Unfallversicherung, so ruht der Kinderzuschuß aus der Invalidenversicherung bis zur Höhe der Kinderzulage. Eine abgegebene Rente aus der Unfallversicherung gilt als fortlaufend. Also, auch wenn der Unfallverletzte abgefunden ist, tritt die Unterrechnung ein. Werden Renten aus der Unfall- und Angestelltenversicherung bezogen, so treten dieselben Verrechnungen ein, wie dies beim Bezug von Renten aus der Unfall- und Invalidenversicherung der Fall ist. Nur ist hier nicht der ein z e l n e Jahresarbeitsverdienst maßgebend, sondern der Jahresarbeitsverdienst der höchsten Gehaltsklasse.

Folgende Übergangsvorschrift ist noch zu erwähnen: den Vorschriften des Gesetzes unterliegen für die Zeit nach dem Inkrafttreten alle Ansprüche, ohne Rücksicht auf die Zeit der Entstehung. Damit wird ausgedrückt, daß die Verrechnung der beiden Rentenarten auch für die bereits laufenden Renten eintritt.

Das neue Gesetz trat am 1. Juli d. J. in Kraft. Damit sind die wichtigsten Änderungen aufgeführt. Man wird zugeben müssen, daß diese Änderungen durchweg Verschlechterungen bringen. Ist dies etwa Ausbau der Sozialversicherung? Wenn der weitere Ausbau in der oben aufgeführten Weise fortgesetzt werden soll, so werden wir bald mit der deutschen Sozialversicherung auf den Hund gekommen sein; und die deutsche Sozialversicherung als die am besten ausgebauten — wie es immer heißt — der Vergangenheit angehören. Vor noch nicht allzu langer Zeit, da wurde an der Sozialversicherung eine Reform vorgenommen, und jetzt... ja, jetzt wird rückwärts revidiert. Die neuen Bestimmungen sind für die Versicherten nicht tragbar. Die Verschlechterung kann nur dadurch gebremst werden, daß die alten Bestimmungen wieder an Stelle der neuen gesetzt werden. Zu verbessern bleibt trotzdem noch genügend über. Wenn man glaubt, bei den Ärmsten, die sowieso nur Pfennige erhalten, mit dem Sparen anfangen zu müssen, so merkt ihr es euch: Hier fängt man am verkehrten Ende an!

Hohe Arbeitslosenunterstützung oder niedriger Lohn?

Im Reichsarbeitsblatt wird über Verhandlungen der Reichsarbeitsverwaltung im landwirtschaftlichen Fachauschuß in bezug auf verschiedene landwirtschaftliche Arbeitsprobleme berichtet, wobei die Arbeitgeber vornehmlich die Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung die Löhne der Landarbeiter und wiederholt sei auch die Ablehnung der Landarbeit durch berufsfremde Landarbeiter erfolgt, obgleich tarifliche Lohnsätze geboten wurden. Es wiederholt sich hier die alte Klage der Arbeitgeber. Wie verhält sich aber die Reichsarbeitsverwaltung? Sie hat — so heißt es im Reichsarbeitsblatt — die Nachteile der gegenwärtigen Unterstühtungsart, wobei die geltenden Unterstühtungssätze bei den landwirtschaftlichen Arbeitern vielfach zu dicht an das bisherige Einkommen heranreichen, anerkannt. Deshalb wird auch die Änderung des Unterstühtungssystems erwidert. Der Reichsarbeitsverwaltung dürften die in der Landwirtschaft geltenden Tarifsätze bekannt sein und damit auch die Tatsache, daß diese Tarifsätze die menschenwürdige Lebenshaltung nicht gewährleisten. Deshalb redet sie dann von hohen Unterstühtungssätzen, statt von niedrigen Löhnen? In bezug auf Landarbeiter wäre diese Fragestellung doppelt berechtigt gewesen.

Wirtschaftliches.

Die Besserung der Aktienkurse.

Die Besserung der Aktienkurse hat sich auch in dem Monat August weiter fortgesetzt. Eine ganze Reihe Papiere stehen jetzt über 200 Prozent. Die Börsekonjunktur hat mithin auch im Monat August glänzend geblüht. Anfang September macht sich allerdings ein Stillstand bemerkbar. Nach den Berechnungen der Commerz- und Privatbank stellte sich der Kursstand der Aktien an der Berliner Börse in den letzten beiden Monaten folgendermaßen wobei wir zum Vergleich die Kurse Ende Dezember mit anführen:

	in Prozent der Gesamtzahl	Ende August 1926	Ende Juli 1926	Ende Dez. 1925
Goldparität				
unter 50 Proz.	14,3	21,9	46,4	
von 50—75 Proz.	23,5	23,9	27,7	
von 75—100 Proz.	21,1	20,4	16,1	
von 100—150 Proz.	29,3	26,6	8,7	
von 150—200 Proz.	9,2	5,7	1,1	
über 200 Proz.	2,6	1,5		

Weiterer Rückgang der Konurse und Geschäftsaussichten.

Der Rückgang der Konurse, der in den letzten Monaten ein schnelleres Tempo einnahm, hat sich auch im August fortgesetzt. Sollen wir im Februar noch über 2000 Konurse zu verzeichnen, so erreichte die Zahl vom August noch nicht einmal den vierten Teil dieses Höchststandes. Selbst wenn man die Zahl der Konurse und Geschäftsaussichten zusammenzählt, so kommt noch lange nicht der Monatsdurchschnitt in der Vorkriegszeit heraus. Die Entwicklung der letzten Monate kennzeichnet folgende Tabelle:

Monatsdurchschnitt 1925	Konurse	Geschäftsaussichten
1. Viertel 1926	1851	1439
2. Viertel 1926	1051	645
Juli 1926	682	345
August 1926	490	222

Wenn die Zahl der Konurse ein Spiegelbild der Wirtschaft wäre, so tranchen wir uns wahrheitsgemäß in Deutschland über nichts mehr zu beklagen. Leider ist dies nicht der Fall, sondern es sieht wesentlich anders aus, wenn man beispielsweise den Arbeitsmarkt zur Grundlage der Betrachtungen nimmt.

Sprüche aus den Zahlstellen.

Löhne. Wie man's macht. Wenn es heißt, den Arbeitern ihre Rechte zu schmälern und sie zu drücken und zu quälen, dann sind manche Arbeitgeber auf dem Posten, wenn sie sich auch sonst nicht an die Proleten kümmern. Die Industrie in unserem Zahlstellenbereich ist im Untergang. Die beiden kalifischste Jenseits und Köhnen sind erloschen und die Grube in Conam, von der die Kalifabrik Löhnen das Salz verarbeitete, wurde am 1. Januar 1926 durch Aktionärsabstimmung stillgelegt. Das Kalifabrikgesetz besagt nun in seinem § 85, daß bei einer freiwilligen Stilllegung den Beamten wie den Arbeitern eine Entschädigung für 6 Monate zu zahlen sei. Mit welchen Mitteln man versucht, die Arbeiter möglichst ohne Entschädigung los zu werden, ist geradezu trivial. Mit den am 23. Januar d. J. Entlassenen trieb man den reinen Anbhandel. Der Betriebsführer Wagner versand die Sache aus dem ff. Er bot den Arbeitern zuerst eine Summe von 120 RM für ein halbes Jahr. Die Arbeiter haben dieses Angebot entrüftet abgelehnt. Die Sache kam zu einer Schiedsgerichtssache, und im Vergleichstermin einigte man sich auf die Summe von 308 RM je Arbeiter. Inzwischen war Herr Wagner mit seinem Angebot schon bis auf 220 RM hinuntergegangen. Diese Summe hatten sich bis zur Verhandlung eine Reihe von Arbeitern geholt. Sie konnten ja nicht so lange warten, bis eine gerichtliche Entscheidung gefällt war, oder hatten auch wohl Angst, gar nichts zu bekommen. Hätten alle Arbeiter so lange standgehalten, wäre das Resultat jedenfalls ein wesentlich günstigeres gewesen. Ihr anderen Arbeiter in der Kalifabrik, merkt euch dies und zieht eine Lehre daraus. Macht euch einmal klar, wie weit ihr mit 308 RM in dieser Zeit kommt? Ich glaube, für ein halbes Jahr wird es bestimmt nicht reichen. Bei dieser Gelegenheit waren es vornehmlich die Vororganisierten, die weil sie keine Klage, mit 220 RM zufrieden sein wollten. So sehen wiederum die Arbeitgeber aus; erst bekämpfen sie den Verband, und wenn sich dann Summe finden, die der Organisation den Rücken gekehrt haben, schweigen sie auch diese raus und geben diesen ebensov wenig wie den Organisierten. Mit dem am 31. März d. J. zur Entlassung gekommenen verfuhr man noch ganz anders. Man entließ sie mit überwiegen ihnen Abmachungen in derselben Zahl, wozu man sich einen Maschinenfabrikanten Arpke aus

Löhnen als Pseudo-Arbeitgeber geholt hatte. Man bezahlte keinen Tariflohn, sondern gab den Arbeitern einen Schlupflohn von 4,75 RM, ohne Nebenzulagen bei je nachständer Arbeit. Die Arbeiter wählten sich einen Betriebsrat, welcher bei Herrn Arpke zwecks Zahlung irgend eines Tariflohnes vorstellig wurde. Ihm wurde gesagt, daß ein Tariflohn überhaupt nicht in Frage käme, weil Herr Arpke mit der Verkleidung des Abbruchwerkes (Herrn Bergart Dr. Loewe) die Verelbarung getroffen habe, nicht mehr als 4,75 RM Schlupflohn zu zahlen. Von Urlaub, achttündiger Arbeitszeit usw. überhaupt nicht zu reden. Wie rigoros man mit der Zuweisung der Arbeit vorgeht, zeigt ein Vorfall, der sich während der angegebenen Zeit abspielte. Alle Arbeiter, welche bei dem Abbruch beschäftigt werden sollten, erhielten von der Verkleidung der Gewerkschaft Conam, Löhne, ein Schreiben, in welchem sie aufgefordert wurden, sich zwecks Arbeitsaufnahme innerhalb drei Tagen bei Herrn Arpke zu melden. Ein Arbeiter, welcher seit langer Zeit bei einem Kassierarzt wegen eines Leidens in Behandlung war, erhielt auch dies Schreiben. Da er jedoch oft an Schwimdelanfällen litt, ging er zu seinem Arzt und ließ sich ein Attest ausstellen, das besagte, daß er zu Abbrucharbeiten nicht befähigt sei. Dies Attest sandte er an die Gew. Conam, mit dem Bemerkten, daß er zu Abbrucharbeiten nicht verwendet werden könne und um seine Entschädigung laut § 85 des KWG. bitte. Daraufhin stellte sich die Verkleidung mit dem Arzt in Verbindung und gab an, für den betr. Arbeiter nur leichte Arbeit zu haben. Der Arzt sagte zu, daß der Arbeiter leichte Arbeiten machen könne, und er müsse wohl oder übel die Arbeit annehmen. Die Sache ging auch ganz gut, bis der betreffende Arbeiter eines Tages durch den aufgerissenen Fußboden stürzte und sich einen Fußgelenksbruch sowie Querschnitten im Rücken und im Kreuz zuzog. Auf seinem Antrags hin wurde ihm nun eine Entschädigung ausgezahlt, da er sich weigerte, nochmals auf dem Abbruch zu arbeiten. Seht ihr Arbeiter, so wird's gemacht! Erst müßt ihr euch die Knochen entzweieln lassen, daß ihr Zeit eures Lebens davon genug habt; dann erst glaubt man euch, daß ihr eine Arbeit, wie jeder Arbeiter ja am besten wissen muß, nicht ausführen könnt. Erst kommt die Drohung: „Nehmt ihr die Arbeit nicht an, so gibt es keine Entschädigung!“ Und hinterher der Unfall, der eure Angehörigen in die größte Not bringt. Arbeiter, zieht die Lehre daraus! Schließt euch fest in eurer Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, zusammen, damit euch das Recht auf den Achtstundentag, den Tariflohn usw. nicht genommen wird!

Rundschau.

Zunehmende Trunksucht und ihre Folgen.

In Nürnberg mußten laut einer Tabelle, die dort in der Ausstellung anlässlich der Reichsgesundheitswoche aushing, wegen Trunkenheit durch die Polizei festgenommen werden: 1923: 807, 1924: 1048, 1925: 2068, im ersten Vierteljahr 1926 bereits 598 Personen. In die Irrenanstalt („Heil- und Pflegeanstalt“) Erlangen mußten an Nürnberger Fällen von trunkverursachten Geistesstörungen 1918: 8, 1923: 8, 1924: 18, 1925: 60 Personen aufgenommen werden.

Ein gesegnetes Geschäftsjahr

überschreibt das „Waffhaus“ vom 5. Juni einen eingehenden Bericht über die Ergebnisse der deutschen Brauereien im Jahre 1925. Die ausgezahlten Dividenden (10—18 v. H.) drückten durchaus nicht das wirkliche Geschäftsergebnis aus; sie seien mehr Ausdruck einer stark zurückhaltenden Finanzpolitik der Gesellschaften. Außerordentlich hohe Abschreibungen (bei Berliner Kindl sogar 29 v. H. des Aktienkapitals) seien möglich gewesen. Durchweg steigende Reingewinne bei steigenden allgemeinen Unkosten bewiesen am besten die glänzende Konjunktur der Brauindustrie im abgelaufenen Jahre. Eines stehe fest, so schließt der Bericht: die Großbanken seien heute auch in der Brauindustrie die bestimmenden Faktoren. (1) — Wer müßte bei diesem gesegneten Geschäftsjahr nicht an die zwei Millionen Erwerbslosen denken?!

Verbandsnachrichten.

Die nächsten Volkshochschulen.

Auf unsere Ausreibungen im „Proletarier“, Nr. 16 und 17 d. J., betr. Teilnahme an den Arbeiterhochschulen haben sich 85 Kollegen bemerkt. Kolleginnen befinden sich leider dieses Mal nicht unter den Bewerbern. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: An dem Kursus der Arbeiter-Akademie Frankfurt a. M. nehmen teil: Jakob Strauch, Hahn bei Darmstadt; Willi Börner, Leipzig-Kleinzschober; Gustav Kühner, Wehrstedt bei Bad Sal. Zellfurth; Paul Reimann, Berlin; Arthur Heinicke, Leipzig-Lindenau; Georg Wittmann, Steinheffen Nr. 80; Friedr. Sedel, Ramiß; Ernst Schmidt, Flatow (Orensmark); R. Nobel, Kottbus. An dem Kursus der Wirtschaftsschule in Berlin nehmen teil: Walter Pries, Bauhof-Lütz; Fritz Tegt, Ratingen bei Düsseldorf; F. Fleischhauer, Kottbus. An dem Kursus der Heimvolkshochschule Linz nimmt teil: Paul Tschaff, Kößlin. Wir sagen allen Bewerbern für ihre Bemühungen besten Dank und hoffen, daß die Jahre nach Fortbildung Strebenden sich bei der nächsten Ausreibung wieder melden mögen. Der Vorstand.

Ausgeschlossen

wurde an Grund des § 14 Abs. 3a und 4 der Kollege Waldemar Seiffert, Mitglied der Zahlstelle Hermsdorf.

Literarisches.

Das 25jährige Jubiläum des KWG bietet Veranlassung, sich über die weitreichenden internationalen Verbindungen, einen Überblick zu verschaffen, die in Industrie, Handel und Verkehr bestehen. Paul Wernsmann gibt ein anschauliches Bild dieser Internationalität des Kapitals, die nach dem Kriege zu neuem stärkeren Leben erwacht ist.

Aber die wirtschaftliche Lage der russischen Arbeiterchaft bezieht Dr. Paul Döberig in einem Aufsatz „Der Reallohn in Sowjet-Rußland“ auf Grund russischen Materials.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwarg (Jena). Septemberheft 1926. Verlag: Karl Zwarg, Verlagshandlung, Jena, St. Jakob-Straße 36. Vierteljahresabonnement 3,60 RM.

Wirtschafts-Informationen-Dienst. Schriftleitung Kurt Heing (Berlin). Augustheft 1926. Verlag: Karl Zwarg, Verlagshandlung, Jena. Monatlich 1 Heft. Vierteljahresabonnement 2 RM.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 3. Jahrgang, 1926. Heft 9. 64 Seiten. Preis 1 Mark. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Jugend-Führer. Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften. Nr. 9-September 1926. Berlin. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6.

Die Jugendherberge. Vom Verband für deutsche Jugendherbergen wird mitgeteilt, daß Jahrgänge der Zeitschrift „Die Jugendherberge“ von den Jahren 1920 bis 1925, geschmackvoll gebunden, zum Preise von 1,50 RM. abgegeben werden bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6.

☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

Chemische Industrie

Die Rentabilität der deutschen chemischen Industrie.

Kürzlich brachte „Die Chemische Industrie“ einen Aufsatz des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands, worin der Versuch unternommen wurde, die Rentabilität der deutschen chemischen Industrie in ihrer Gesamtheit darzustellen. Verursacht war dieser Aufsatz durch einen Wirtschaftsbrief in der „Deutsch-Schweizerischen Wirtschaftszeitung“, dem Organ der deutschen Handelskammer in der Schweiz, der einen Frankfurter zum Verfasser hat und nach einer Würdigung der Errungenschaften des Chemieertrags zu dem Ergebnis kommt, daß die chemische Großindustrie Deutschlands zur Zeit mit zu dem stärksten Rückhalt der neuen deutschen Wirtschaft zähle.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands will in seinem Artikel der Auffassung entgegenstehen, als ob es der gesamten chemischen Industrie Deutschlands gut ginge. Wenn die I.-G. Farbenindustrie A.-G. erfolgreich und gewinnbringend arbeitet, läßt sich das auf die Gesamtindustrie nicht übertragen. Zur Grundlage seiner Betrachtungen dient dem Artikelschreiber die Aktiengesellschaften der chemischen Industrie, deren Aktien an der Berliner und an der Frankfurter Börse gehandelt werden. In Betracht kommen 70 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 1271,3 Millionen Mark. Von diesen 70 Gesellschaften konnten 49 = 70 Prozent für das abgelaufene Geschäftsjahr keine Dividenden zahlen. 70 Prozent aller Gesellschaften sind demnach im Jahre 1925 ertraglos geblieben. Die Gesamtsumme der gezahlten Dividende stellt sich auf 84,2 Millionen Mark, das ergibt eine durchschnittliche Verzinsung des Kapitals von 6,6 Prozent. Läßt man aber die Isgag außer Berücksichtigung, dann steht einem Aktienkapital von 625,3 Millionen Mark eine Gesamtdividende von 19,5 Millionen Mark gegenüber. Das bedeutet eine Rentabilität von 3,1 Prozent. Von einer günstigen Lage der deutschen chemischen Industrie kann also keine Rede sein.

Auf Grund dieser Angaben haben wir versucht, uns Klarheit über die Wirtschaftlichkeit der chemischen Industrie zu verschaffen. Das Herausgreifen derjenigen Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner und an der Frankfurter Börse gehandelt werden, trägt nicht dazu bei, das Bild klar zu gestalten, denn nach eigener Angabe des Berichtserstellers beläuft sich das Kapital der Aktiengesellschaften der deutschen chemischen Industrie auf 1,8 Milliarden Mark. Dabei sind unberücksichtigt geblieben die Gesellschaften m. b. H. und die offenen Handelsgesellschaften, unter denen sich sehr bedeutende Firmen befinden. Das zum Vergleich herangezogene Aktienkapital dürfte vielleicht 60 bis 65 Prozent des gesamten in der chemischen Industrie arbeitenden Kapitals darstellen. Da aber die Rentabilität der Privatunternehmen und der Gesellschaften m. b. H. und offenen Handelsgesellschaften nicht ausgewiesen wird, muß versucht werden, die Gewinne bei den bekannten Aktiengesellschaften selbst festzustellen.

Uns sind im Augenblick die Gesellschaften, deren Aktien an den genannten Börsen gehandelt werden, nicht zur Hand. Es liegt uns aber eine Zusammenstellung im „Wirtschaftsdienst“ vor, die 64 Gesellschaften umfaßt. Da im „Wirtschaftsdienst“ Sonderinteressen kaum vertreten werden, können wir die aufgeführten 64 Gesellschaften als die wichtigsten und bekanntesten in der chemischen Industrie betrachten. Diese 64 Gesellschaften verfügen über ein Aktienkapital von 1.240.789.000 Mark, also nur 30 1/2 Millionen weniger, als die von dem Verein zur Wahrung angeführten 70 Gesellschaften. Während aber von den ersteren 70 Gesellschaften 49 ohne Dividenden geblieben sind, sind es von den angeführten 64 Gesellschaften des „Wirtschaftsdienstes“ nur 40. In diesem Falle sind also 62 Prozent aller Gesellschaften dividendenlos geblieben. Die 24 Gesellschaften, die Dividenden verteilen konnten, verfügen über ein Aktienkapital von 781,5 Millionen Mark, das eine Dividende von 74.560.860 Mark abwarf = 9,54 Prozent. Nehmen wir den Chemieertrag aus diesem Verhältnis heraus, dann ergibt sich für 23 Gesellschaften ein Aktienkapital von 459,25 Millionen Mark von 135,5 Millionen Mark, das eine Dividende von 9.960.860 Mark = 7,35 Prozent ermöglichte.

Unter Einbeziehung der 40 Gesellschaften ohne Dividende wurde eine Gesamtdurchschnittsdividende von 6,01 Prozent gezahlt. Diese Durchschnittsdividende bleibt hinter der vom Verein zur Wahrung usw. angegebenen um 0,5 Prozent zurück. Dagegen ergibt sich nach dem vorliegenden Material aus dem „Wirtschaftsdienst“ eine Rentabilität von nur 1,67 Prozent, während der Verein zur Wahrung usw. eine solche von 3,1 Prozent herausrechnet. Es kommt also ganz darauf an, welche Unterlagen benutzt werden, wenn man es unterläßt, das gesamte Material zu benutzen. Hätte dem Verein zur Wahrung usw. bei seiner Arbeit das Material aus dem „Wirtschaftsdienst“ zur Verfügung gestanden, hätte er wahrscheinlich der Welt mitgeteilt, daß die chemische Industrie sich nur zu 1,67 Prozent rentiert.

In Wirklichkeit sieht es in der chemischen Industrie anders aus. Die im „Wirtschaftsdienst“ aufgeführten Firmen enthalten auch die Firma „Kokswerke und chemische Fabriken“ und „Rüttgerwerke“. Beide Gesellschaften verfügen über je 80 Millionen Mark Aktienkapital. Beide Gesellschaften haben keine Dividende verteilt. Für beide Gesellschaften steht fest, daß ihre chemische Abteilungen Erträge abwerfen, diese Erträge aber vertragsgemäß anderen, vorwiegend Bergbaubetrieben, die den Gesellschaften gehören, aber mit Verlust arbeiten, gutgeschrieben werden. In diesen Fällen ist es der unrentable Bergbau, der die Rentabilität der chemischen Industrie verdeckt. In der Aufstellung ist auch die Firma

Schering mit 11,55 Millionen Mark Aktienkapital, die ebenfalls keine Dividende verteilen konnte, enthalten. Auch die chemische Fabrik Schering hat erfolgreich gearbeitet, ihre Überschüsse aber in die Bergbaubetriebe der „Kokswerke und chemischen Fabriken“, denen sie angeschlossen ist, verrechnen müssen.

Streichen wir diese drei Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 171,55 Millionen Mark aus der Gesamtziffer heraus, so verbleiben zweifellos noch viele Fabriken mit einem ansehnlichen Aktienkapital, die Dividenden nicht verteilen konnten. Die Rentabilität der chemischen Industrie aber nach diesen Betrieben zu berechnen, ist falsch. Die chemische Industrie befindet sich in einer Umwälzung. Der Chemieertrag (Isgag) frisst die kleinen Unternehmungen auf. Die Superphosphat-Düngemittelindustrie wird nachgewiesenermaßen von der Isgag erdrückt. In der von uns angezogenen Aufstellung sind die Firmen Rhénania (Kunheim), Chemische Fabriken Zeiß, Union (Stettin), Chemische Fabriken Pommeranzdorf, Chemische Fabriken Milch, Anglo-Continental Guanowerte und Merksche Guanowerte enthalten, die alle bisher Kunststoffe hergestellt haben und ihre Lebensfähigkeit durch die Isgag einbüßen. Diese Firmen figurieren aber mit einem Aktienkapital von 53,8 Millionen Mark in der Aufstellung.

Die Holzverkohlungsindustrie (Isgag) verfügt über ein Aktienkapital von 10,4 Millionen Mark. Sie konnte keine Dividende zahlen, weil sie durch die Isgag zum Aussterben verurteilt ist. Demgegenüber konnte der Verein für chemische Industrie (Frankfurt), ebenfalls eine Gesellschaft für Holzverkohlungsindustrie, mit einem Aktienkapital von 4 Millionen Mark 5 Prozent Dividende verteilen. Diese 5 Prozent wirtschaftete die Gesellschaft nicht aus ihren Holzverkohlungsbetrieben heraus. Die Isgag gestattete ihr diesen Gewinn nur dadurch, daß sie die Gesellschaft am Vertrieb des synthetischen Methylalkohols beteiligte.

Von der reinen Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse der chemischen Industrie Deutschlands läßt sich eine Rentabilitätsberechnung nicht ableiten. Es ist richtig, daß eine Anzahl Betriebe augenblicklich ohne Gewinne arbeiten. Das hat seine Ursache zum Teil in Überkapitalisierung, zum Teil in der Anwendung überlebter Maschinenteknik. In Einzelfällen ist die ungünstige Geschäftslage auch bedingt durch Nachwirkungen des Krieges (Sprengstoffindustrie). Auch da gibt es Ausnahmen, denn die Westfälische-Anhaltische Sprengstoff A.-G. hat bei 5 Millionen Mark Aktienkapital 10 Prozent Dividende herausgewirtschaftet. Im ganzen werden heute nicht weniger, sondern sehr viel mehr chemische Produkte in Deutschland hergestellt, als in der Vorkriegszeit. Sie finden auch Absatz.

Wir sind mit der üblichen Absicht des Vereins zur Wahrung usw. einverstanden, daß dem Ausland nicht Rentabilitätsverhältnisse der chemischen Industrie Deutschlands suggeriert werden, die nicht vorhanden sind, wodurch Zollvergünstigungen und manche andere Dinge erschwert werden. Wir bekräftigen aber den Artikel in der „Chemischen Industrie“ als ein Ablenkungsmanöver, um die außerhalb der Isgag stehenden Unternehmer in Sicherheit zu wiegen und in der Öffentlichkeit den Gedanken zu erzeugen, daß die chemische Industrie Deutschlands auskömmliche Löhne für die Arbeiter und eine höchstens achtfache Arbeitszeit, die in diesen meist gefährlichen Betrieben unbedingt erforderlich ist, nicht tragen könnte. Die chemische Industrie Deutschlands differenzierte immer so stark, daß neben glänzenden Dividenden auch unrentable Betriebe zu verzeichnen waren. Außerdem ist die Konjunktur für die gesamte chemische Industrie niemals gleich. Wenn aber in dem Bericht es so dargestellt wird, als ob durch die Feststellung der Tatsache, daß die chemische Großindustrie Deutschlands auf gesunder Basis ruht und profitabel arbeitet, der chemischen Industrie durch das Ausland Schwierigkeiten bereitet werden könnten, so sind solche Angaben nicht ernst zu nehmen. Das Ausland kennt die Finanzmacht der chemischen deutschen Industrie, das Ausland kennt die Verbindungen der deutschen chemischen Industrie in allen Industriezweigen, und die Regierungen des Auslandes sind zum Teil an den Verhandlungen, die zu diesen Verbindungen führten oder noch führen sollen, direkt beteiligt. Es schadet nicht, wenn immer und immer wieder in der Öffentlichkeit bekannt wird, daß die gut fundierte chemische Großindustrie Deutschlands nicht dazu zu bewegen ist, bei eigenen glänzenden Gewinnen den Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zu zahlen und eine Arbeitszeit über acht Stunden hinaus aufrecht erhält, trotzdem die Arbeit in der chemischen Industrie mit Gefahren verbunden ist, die man in anderen Industrien nicht kennt. G. Haupt.

Irreführende Nachrichten von der Isgag.

Seit Wochen beschäftigt sich die deutsche Presse mit dem Projekt der I.-G. Farbenindustrie A.-G., wonach ein großes Werk für Kohleverflüchtung bei Nachterstedt an der Bahnstrecke Halberstadt-Halle errichtet werden soll. Vorher war die Lesart, daß das Werk in der Nähe des alten Leunawerkes errichtet würde. Am 18. August teilte die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ mit, daß das große Werk für Kohleverflüchtung nicht in der Nähe des Leunawerkes, sondern bei Nachterstedt an der Bahnstrecke Halberstadt-Halle errichtet werden soll. Die Isgag hat zu diesem Zweck das Rittergut Gatersleben erworben und sich dadurch zugleich große Kohlenfelder gesichert.

Demgegenüber schreibt die „Industrie- und Handels-Zeitung“ vom 21. August, daß der Handelsdienst des WZB aus zuverlässiger Quelle mitteilt, daß kein zweites Leunawerk in Nachterstedt errichtet wird. Zur Durchführung des Kohleverflüchtungsverfahrens werden vielmehr die Leunawerke bei Merseburg vergrößert.

Bisher haben sich die Angaben der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ in bezug auf die Isgag als richtig erwiesen. Immerhin ist eine Vergrößerung der Leunawerke zu dem angegebenen Zweck nicht von der Hand zu weisen, namentlich, da uns aus zuverlässiger Quelle bekannt geworden ist, daß die Leunawerke einen Vertrag mit dem Rano (Unterbringung von Reichswehrangehörigen) abgeschlossen haben, der ihnen „gelbe“ Arbeitskräfte garantieren soll. Inzwischen bringt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 22. August wieder eine Mitteilung, daß die Isgag seit drei Monaten in Duisburg ein neues Sauerstoffwerk erbaut, in dem Sauerstoff

aus Luft gewonnen werden soll. Das dazu benötigte Gelände von 30.000 Quadratmetern ist seit längerer Zeit erworben.

Zelluloidbrand auf offener Straße.

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir, daß am Donnerstag, dem 19. August, in Berlin-Schöneberg auf offener Straße ein schweres Brandunglück durch Zelluloid entstanden. Mittags gegen 1 Uhr hielt ein Pferdegespann, das mit zwei großen Kisten, in denen Zelluloidplatten verpackt waren, beladen war, in der Tempelhofer Straße. Aus ungeklärter Ursache explodierten beide Kisten. Der Kutscher wurde von einer riesigen Stichflamme erfasst und lebensgefährlich verbrannt. Die Feuerwehr mußte den brennenden Wagen abfassen und den Verunglückten ins Krankenhaus schaffen.

Welche Ursachen zur Explosion geführt haben, wird hoffentlich die Untersuchung aufklären. Die Unternehmer der Zelluloidindustrie stellen es gern so dar, als ob Zelluloid überhaupt nicht explodieren, sondern nur schnell abbrennen könnte. Wenn aber Kisten mit Zelluloidinhalt explodieren können, ist der Beweis erbracht, daß Zelluloid explosibel ist, gleichgültig, ob Zelluloid direkt oder dessen chemische Zerlegungsprodukte die Explosion auslösen.

Es ist wiederholt nachgewiesen, daß Zelluloid, das nicht vollständig denitriert ist, durch direkte oder indirekte Sonnenbestrahlung zur Entzündung gebracht werden kann. Ebenso ist nachgewiesen, daß bei nicht genügender Denitrierung Zerlegungsprodukte Dämpfe entwickeln, die bei stärkerer Wärmeentwicklung zur Explosion führen. Wenn fortgesetzt Menschenleben durch Explosionen und Brände von Zelluloid gefährdet werden, müssen die Vorschriften über Herstellung, Lagerung und Transport von Zelluloid verschärft werden. Vor allem muß im Verordnungswege vorgeschrieben werden, wie weit die Denitrierung vorgenommen werden muß, und die Einhaltung dieser Vorschrift auf das strengste überwacht werden.

Aus der Aluminium-Industrie.

In Nr. 32 des „Proletariats“ berichteten wir, daß die deutsche Aluminium-Industrie in Opatowitz umfangreiche Aufbereitungsanlagen für die Bauxitgewinnung errichtet. Es soll dort aus Bauxit Tonerde (Aluminiumoxyd) hergestellt werden. Dadurch werden erhebliche Frachtkosten gespart, aber auch deutsche Arbeiter arbeitslos.

Jetzt wird bekannt, daß das ungarische Handelsministerium beabsichtigt, ein Ausfuhrverbot für Bauxit zu erlassen. Zur Förderung der einheimischen Industrie soll die Verarbeitung des Bauxits zu Tonerde in Ungarn selbst vorgenommen werden. Das Ministerium verpflichtet sich von der Ausfuhr des Halbfabrikates Tonerde neben erheblichen Einnahmen eine Förderung der Tonerde-Industrie, die dann später zur Aluminium-Industrie ausgebaut werden soll. Von diesen Maßnahmen wird in erster Linie Deutschland betroffen, das im Jahre 1925 13.960 Doppelzentner Bauxit aus Ungarn eingeführt hat. Ob die Bemühungen deutscher Interessenten um eine mehrjährige Konzession zum Bezug von Bauxit Erfolg haben werden, läßt sich noch nicht übersehen. Jedenfalls sollte das Vorgehen Ungarns der deutschen chemischen Industrie zum Ansporn werden, der Verwendung deutscher Tonen zur Aluminiumherstellung größeren Augenmerk zuzuwenden, damit den deutschen Arbeitern nicht weitere Arbeitsmöglichkeiten genommen werden.

Nahrungsmittel-Industrie

Das Reichsversicherungsamt gegen die Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft.

Am 22. Juni fand in Altona (Elbe) eine Sitzung der Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft (NB) unter Hinzuziehung der Vertreter der Versicherten nach § 857 der Reichsversicherungsordnung statt. Dort wurde eine Entschließung von den Vertretern der Versicherer angenommen und an das Reichsarbeitsministerium gesandt. Diese Entschließung rief natürlich, wie zu erwarten war, den lebhaften Protest des NBV und der Reichsarbeitsverwaltung hervor. Das NBV erließ eine fünf schreibmaschinenlangente Verfügung gegen die Berufsgenossenschaft (BG), in der sie gegen die sogenannten Sünden der NB weckte, die bekanntlich die einzige BG ist, die tatsächlich praktisch die Unfallverhütung geradezu vorbildlich bearbeitet, und dann noch Veranlassung nahm, die Entschließung der Arbeiter als unverständlich zu bezeichnen. Im Rahmen dieses Artikels ist es natürlich ausgeschlossen, diese lange Verfügung des NBV an die BG wiederzugeben. Es sei deshalb kurz auf das Wichtigste dieser Verfügung eingegangen, die ja auch Veranlassung war, daß die Versicherervertreter am Freitag, dem 13. September, in Mannheim im Verwaltungsgebäude der BG mit dem Vorstande der BG zu einer Sitzung zusammenkamen, zwecks Stellungnahme zu der Verfügung des NBV, im Beisein eines Vertreters des NBV. In der Verfügung des NBV an die BG wurde von derselben verlangt, daß bei der Erstattung der künftigen Jahresberichte die BG denselben vorher zur Prüfung dem NBV einzureichen habe, also die kommenden Jahresberichte der NBV sollen unter Zensur der vorgelegten Behörde gestellt werden, die einfach von dem Berichte dann das freicht, was ihr nicht genehm ist. Diese Anordnung in der Verfügung muß auch die Arbeitnehmer zur schärfsten Kritik herausfordern, weil sie ja jede freie Berichterstattung und Willensäußerung, die durchaus notwendig ist, unterbindet. Dadurch ist aber auch überhaupt der Zweck der Jahresberichte, unfallverhütend zu wirken, in Frage gestellt. Die Versicherervertreter haben deshalb in einer erneuten Entschließung die Maßnahme des NBV auf das schärfste verurteilt und vom NBV die Zurücknahme dieser Verfügung gegen die BG verlangt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich als Gewerkschafter und Versicherervertreter bei der NBV einiges Grundständiges zu unserer Stellungnahme gegenüber den Berufsgenossenschaften sagen, weil wir Versicherervertreter wegen unserer Altonaer Entschließung auch noch von gewerkschaftlicher Seite angegriffen worden sind. Wir haben selbstverständlich als Gewerkschafter dafür einzutreten, daß auch alle die Aufgaben und Befugnisse der BG, die auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes speziell im Maschinenschutz, also der Unfallverhütung liegen, ebenfalls den staatlichen Organen, der Gewerbeaufsicht, überwiesen werden. Denn die BG sind jetzt noch öffentlich-rechtliche private Institutionen der Arbeitgeber, bei denen wir als Arbeitnehmer absolut gar keinen Einfluss haben, weder in der Verwaltung, noch z. B. bei Festsetzung der Renten der Unfallverletzten usw. Wir haben also bei der BG kein Mitwirkungs- noch Bestimmungsrecht, sondern wir sind nur als Vertreter der Arbeiter jährlich mindestens einmal zu dem Jahresbericht der BG zu hören und können dort nur unsere

Wünsche und Beschwerden vorbringen, die sich ebenfalls nur auf dem Gebiete der Unfallverhütung bewegen dürfen, wie z. B. Anträge stellen auf Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften usw. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß der heutige Zustand nicht von heute auf morgen geändert werden kann, denn dazu bedarf es der Zustimmung des Reichstages, weil es sich um eine Gesetzesänderung handelt, die aber heute bei der Zusammensetzung des Parlaments nicht zu erreichen ist. Das heutige System wird solange Geltung haben, bis es uns möglich ist, daselbe in anderem Sinne abzuändern durch eine den Arbeitern freundlichere Mehrheit des Reichstages. So bleibt uns als Arbeitnehmervertreter weiter nichts übrig, als im Interesse der Arbeiterschaft in diesen Institutionen weiter praktisch intensiv tätig zu sein, um die Rechte und Wünsche der Arbeitnehmer der BG. gegenüber zu vertreten. Genau so, wie es in der Praxis der Betriebsräte der Fall ist, daß der meiste Erfolg der praktischen Wirksamkeit der Betriebsräte mehr individueller Natur ist, so ist auch die praktische Wirksamkeit mit den Erfolgen bei den Versicherungsvertretern der BG. eine Personenfrage. Damit habe ich in wenigen Worten unser Verhältnis als Gewerkschaften zu den Berufsgenossenschaften dargestellt.

Des Weiteren monierte in der betr. Verfügung das RWL die Tatsache, daß der Leiter des technischen Aufsichtsdienstes der RWL, Herr Oberingenieur Urban, in Gewerkschaftsversammlungen in verschiedenen Städten Deutschlands gesprochen habe, und stellte dem Genossenschaftsvorstand Zeitungsauschnitte von Parteiblättern zur Verfügung, die Berichte gebracht hatten über die Vorträge von Herrn Urban. In einem Falle hatte Urban sogar nur zu Betriebsräten gesprochen, die bekanntlich ja auch auf Grund des BGG die Verpflichtung haben, für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Man wirft Urban vor, daß er laut Pressemeldungen die Gewerbeaufsichtsbehörde angegriffen habe und dieselbe keine Möglichkeit gehabt hätte, sich dieser Angriffe erwehren zu können. Es ist aber festzustellen, daß der Vortragende nur das Material in seinen Vorträgen verwendet hat, das bereits den Behörden durch die Veröffentlichung der Jahresberichte bekannt gewesen war. Wir stehen auf dem Standpunkt - und haben das ja auch in der Entschliessung in Mannheim zum Ausdruck gebracht und dem dort anwesenden Vertreter des RWL gegenüber erklärt - daß es nicht nur Aufgabe der staatlichen Organe sei, Maßnahmen prophylaktischer Natur auf dem Gebiete der Unfallverhütung durchzuführen, sondern daß es auch eine wirksame Aufgabe der BG. sei, die Arbeiterschaft durch Vorträge usw. für die Fragen des praktischen Unfallschutzes zu interessieren, weil das ebenfalls sehr stark unfallschützend wirkt. Alle, die es wirklich ernst meinen mit dem Arbeiterschutze, haben die Pflicht, die Mittel und Wege in Anwendung zu bringen, die geeignet erscheinen, unfallschützend zu wirken. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn auch der technische Leiter der BG. in Gewerkschaftsversammlungen die Arbeiterschaft anklärt, wenn auch dabei einmal dieses oder jenes Gewerbeaufsichtskritisch besprochen wird, weil es z. B. auf dem Gebiete der Unfallverhütung verlagert hat. Wir sind ja übrigens auch in der Lage, auf Grund des Materials der BG., das man doch als einwandfrei bezeichnen muß, eine ganze Reihe von Fällen vorzutragen, wo die zuständige Gewerbeaufsichtsbehörde bei der Feststellung der Schuldfrage glatt verlagert hat. Damit wollen wir durchaus nicht generell verallgemeinern!

Damit komme ich zu der Gutachterfähigkeit der Gewerbeaufsicht, die von uns in der Altonaer Entschliessung ebenfalls scharf kritisiert wurde. Diese Kritik hat dem RWL nicht gepaßt. Wir müssen aber leider feststellen, daß in sehr vielen uns bekannt gewordenen Fällen die Gewerbeaufsicht, der zuständige Gewerberat, bei der Erörterung der Schuldfrage einseitig die Unfallursache festgestellt hat und dem Verletzten die Schuld am Unfall zuschob, wo nachgewiesen werden kann, daß diese Unfälle hätten vermieden werden können, durch Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften der RWL. oder durch die fehlende Anordnung des Gewerbetreibenden, auf Anbringung eines einfachen Schutzes. In der Verfügung des RWL an die BG. steht in diesem Zusammenhang, es sei nachgewiesen durch fast alle anderen BG., daß ein sehr großer Teil aller Unfälle nur durch die Gleichgültigkeit der Arbeiter hervorgerufen werde. Dagegen haben wir in unserer Entschliessung auf das energischste protestiert. Wenn allerdings das Material der anderen BG. aufgebaut ist auf solche Gutachten der Gewerbeaufsicht, wie wir nachstehend nur eines bringen, dazu aber bemerken, daß wir noch mehr solcher Fälle veröffentlichen können, so ist es allerdings zu verstehen, wenn die anderen BG. zu der Schlussfolgerung kommen und das RWL sich dieselbe zu eigen macht, daß die Mehrzahl aller Unfälle durch die Gleichgültigkeit der Arbeiter verursacht werden sind. Wir wissen selbstverständlich auch, daß mancher Unfall auf Selbstverschulden der Arbeiter durch Unachtsamkeit zurückzuführen ist. Es steht aber auch fest, daß durch das Abschöpfen und nur zu oft auch durch die Dauer der Arbeitszeit bei dem betr. Arbeiter oder der Arbeiterin ein Schwächezustand gezeitigt wird, der zu Unfällen führt. In solchen, in den Verhältnissen liegenden Ursachen kann man doch unendlich vorbeugehen oder gar von bewährter Unachtsamkeit, Erglosigkeit oder Gleichgültigkeit sprechen.

In einer Fabrik ereignete sich ein schwerer Fahrschlunfall an einer den Vorschriften der RWL ganz widersprechenden Einbahnstraße, der tödlichen Auslegung hatte. Dieser folgenschwere Unfall, der sich am 1. Juli 1926, wurde von der zuständigen Gewerbeaufsichtsbehörde am Ende d. M. erst untersucht. Das Amt nahm dann, anstatt die BG. in ihren Bestrebungen zu unterstützen, von der Maschinenbau-Industrie mögliche unfallschützende Anlagen für die Betriebe zu erhalten, zu dem Unfall folgenden unglücklichen Standpunkt ein: ... hauptsächlich des tödlichen Unfalls kann nach hierfestigter Ansicht die Hauptschuld nur den Verunglückten selbst treffen, denn bei Unachtsamkeit können sich ähnliche Unfälle an jedem Platz der Anlage ereignen. Wegen einer derartigen unachtsamen Demarkation eines solchen schweren Unfalls von einer Gewerbeaufsichtsbehörde müssen wir im Interesse der von uns vertretenen Arbeiter scharfe Kritik üben. In einem anderen Falle ist uns sogar bekannt, daß in einem

Schreiben an einen Betriebsunternehmer die Gewerbeaufsichtsbehörde dem Betreffenden gegenüber die Notwendigkeit der Innehaltung gewisser Unfallverhütungsvorschriften der RWL bestritten habe. Es ist also durchaus richtig, wenn wir in unserer Entschliessung sagten, daß die Arbeiterschaft zu der Gutachterfähigkeit der Gewerbeaufsicht bei dem Kapitel Unfallverhütung kein Vertrauen haben kann. Das gleiche gilt für die Arbeiterschaft aller anderen Industrien. Das liegt nun einmal an der einseitigen Stellungnahme der Gewerbeaufsichtsbehörde bei der Feststellung der Schuldfrage.

Das RWL hat dann in der Verfügung weiter ausgeführt, daß es nur der falschen Berichterstattung des Genossenschaftsvorstandes, den Arbeitnehmern gegenüber, zuzuschreiben ist, daß die Altonaer Entschliessung zustande kam. Zu dieser Behauptung des RWL. stellen wir fest, daß unsere Kritik aufgebaut ist auf dem einwandfreien Material der BG. in den Jahresberichten, das bisher vom RWL. noch nicht widerlegt werden konnte. Also kann wohl von einer falschen Information der Arbeitnehmervertreter keine Rede sein. Ganz besonders aber möchten wir hier feststellen, daß das RWL. die Verfügung gegen die BG. herausgegeben hat, ohne die Beanspruchungen der BG. an die Gewerbeaufsicht geprüft zu haben. Uns will es scheinen, daß man vom RWL. versucht, den Leiter des technischen Aufsichtsdienstes der RWL, Oberingenieur Urban, zu beseitigen, weil er, wie kein anderer in dieser Position, in geradezu vorbildlicher Art und Weise sich rücksichtslos für den Arbeiterschutze an Maschinen einsetzt. Das wäre ein zu großes Entgegenkommen an den Verband der deutschen Berufsgenossenschaften, resp. den Unternehmern gegenüber. Nicht umsonst wird gerade Urban in den Kreisen der Industrie als der "schwarze Mann" bezeichnet, den die Betriebsunternehmer fürchten und hassen. Wir als Arbeitnehmer haben alle Veranlassung, uns schützend vor einen Mann zu stellen, der schon seit über 26 Jahren mit aller ihm zur Verfügung stehenden Energie sich für den wirklich durchgreifenden Unfallschutz an Maschinen einsetzt. Ihm persönlich und seinen jahrzehntelangen Kämpfen ist es auch zu verdanken, wenn in dem kommenden Arbeiterschutzesgesetz, das uns keinesfalls befriedigen wird, auch Paragraphen enthalten sind, die den Hersteller von Maschinen gesetzlich verpflichten, einen gewissen notwendigen Maschinenschutz anzubringen, bevor die neu fertiggestellten Maschinen zur Ablieferung kommen. Urban hat in seinen Bestrebungen viele Anfeindungen und Schwierigkeiten erleben müssen. 1917 hatte man ihm sogar mit der Obersten Heeresleitung gedroht, weil er in seinem 1917 erschienenen Buche "Unfallverhütung im Fahrschlunbetrieb" folgende Worte schrieb: ... daß die Tat, einen Arbeiter vor Verstümmelung oder dem Tode an seiner Arbeitsstelle bewahrt zu haben, ... ein ebenso verdienstvolles Rettungswerk sei, als wenn es zum Nutzen eines Menschen geschehe, ... der im Kampfe für sein Vaterland irgendwelchen anderen Gefahren ausgesetzt sei." Der damalige Vorsitzende des Vereins Deutscher Revisionsingenieure warnte Urban mit den Worten: "Er (Urban) solle seiner übertriebenen Arbeiterfreundlichkeit nicht weiter die Zügel schießen lassen". Ein Kommentar dazu ist überflüssig! Trotz aller Anfeindungen hat sich der Herr Oberingenieur Urban bis jetzt behauptet und wird sich noch weiter behaupten zu Ruhm und Frommen der Arbeiterschaft ganz besonders der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie. Ich sage auch, trotz des Vorgehens des RWL. gegen Herrn Urban.

In der betr. Sitzung in Mannheim ist auch dem Vertreter des RWL. von den Versicherungsvertretern kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die Arbeiterschaft geschlossen hinter Herrn Urban und seinen Bestrebungen steht. Das dürfte wohl auch dem RWL. die notwendige Bestimmung geben, den Bogen nicht allzu straff zu spannen, damit er nicht zerpringt. Die Entschliessung, die wir Versicherungsvertreter in Mannheim in der Sache gefaßt haben, die wir aber infolge ihrer Länge hier nicht veröffentlichen können, stellt sich ganz auf den Boden der Altonaer Entschliessung und wendet sich hauptsächlich scharf gegen die Verfügung des RWL. Wir hoffen, daß das RWL. auf Grund unserer Vorstellungen sich dazu bereitfinden wird, die Verfügung gegen die BG., die doch nur ein Angriff auf die Person des Leiters des technischen Aufsichtsdienstes sein soll, zurückzunehmen. Wir haben in diesem Artikel davon Abstand genommen, noch schärferes Material vorzutragen. Unmöglich konnten wir aber auf Grund des überaus scharfen Vorgehens des RWL. die Geschehnisse nach der Altonaer Sitzung der Kollegenschaft verschweigen.

Wir haben jedenfalls als Versicherungsvertreter auch in der Zukunft die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß von Seiten der BG. weiterhin das Gebiet der Unfallverhütung praktisch so bearbeitet wird, wie das bisher der Fall war, und haben nochmals in der Entschliessung am 13. September dem Herrn Oberingenieur Urban unser vollstes Vertrauen ausgesprochen.

Arthur Mehnert (Dresden).

Papier-Industrie

Konventionspolitik.

Die Verbände und Landesvereinigungen in Papiergroßhandel und Papierherstellung haben leider bisher wenig getan, um den Ablauf der Krise zu beschleunigen und zu erleichtern, und die im Jahre 1923 bei dem Übergang zur Goldmarkrechnung in aller Eile und offenbar ohne brauchbare Kalkulationsgrundlagen aufgestellten Konventionspreislisten für Papier scheinen auch heutzutage zu sein, an denen nicht gerüttelt werden darf. Trotz wiederholten Hinweises hatten es die Konventionen jedenfalls nicht für erforderlich, die notwendigen Änderungen endlich vorzunehmen und Unstimmigkeiten und offensichtliche Widersprüche in ihren Listen zu beseitigen. Dieser Vorwitz erhebt Georg Engelmann unter der Überschrift "Verlust Papiermarkt" in Nr. 65 der "Papierzeitung" gegen die Konventionen, Verbände und Preisvereinigungen der Papiererzeugungs-Industrie und des Großhandels. Aus diesen Ausführungen geht ungewöhnlich hervor, daß sowohl die deutsche Papiererzeugungs-Industrie als auch der deutsche Großhandel an Zulandspreisen festhält, die ihrer Höhe nach in weiten Kreisen des Papiergeschäftes für unberechtigt gehalten werden. Die Herrschaften können aber auch anders. In Nr. 34 des "Papierherstellers" vom 22. August 1926 befindet sich unter der Überschrift "Krisenplan ein Wirtschaftsbericht aus Skandinavien" Paris heißt es u. a.:

Beitrag zu den schlechten Preisen gibt die deutsche Konkurrenz, der man den spanischen Markt freizig machen will. Auch norwegische Erzeuger klagen auf dem spanischen und fran-

zösischen Märkte über die niedrigen Preise der deutschen Konkurrenz.

Hier wird also selbst in einer Unternehmerzeitschrift zugegeben, daß die deutschen Syndikate und Preisvereinigungen Dumpingpolitik auf dem Weltmarkt betreiben. Diese Tatsache will besonders für den französischen Markt unter Berücksichtigung der Inflationskrise, die die französische Währung durchmacht, wahrhaftig allerbekannt sein.

Treffender, als hier von Unternehmerteile die Syndikatspolitik der deutschen Papiererzeugungs-Industrie beurteilt wird, könnte es auch von unserer Seite aus nicht geschehen. Wucherpreise im Inland und Schmuggelkurrenzpreise im Auslande, das sind die beiden treffenden Kennzeichen der deutschen Syndikatspolitik. Um diese Politik rückhaltlos betreiben zu können, verlangt man von der deutschen Arbeiterschaft, daß sie nicht nur zu niedrigen Löhnen arbeite, sondern auch eine weit über den Weltdurchschnitt hinausgehende Arbeitszeit auf sich nehme, um dadurch das Preisdumping der Unternehmer zum sozialen Dumping zu gestalten.

Die deutsche Arbeiterschaft und besonders die deutsche Papierarbeiterchaft hat deshalb alle Ursache, daß sie sich durch Zusammenschluß in ihrer Gewerkschaftsorganisation - im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands - gegen derartige Maßnahmen der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen wehrt. Auf der anderen Seite sollte dieses Vorgehen der deutschen Papiererzeugungs-Industrie aber auch der deutschen Reichsregierung Veranlassung geben, das Geschäftsgebaren der Syndikate und Preiskonventionen etwas schärfer unter die Lupe zu nehmen und vor allen Dingen die staatlichen Schlichtungsinstanzen anzuweisen, damit diese nicht wie bisher, zu allen Verschlechterungswünschen der Unternehmer in sozialer Beziehung ja und amen sagen. G. Stähler.

Erweiterung der Koholyt-Aktiengesellschaft.

Die Koholyt-Aktiengesellschaft mit ihren beiden Zellstoffabriken in Königsberg und der Papierfabrik Hillegossen bei Bielefeld ist bekanntlich aus dem Stinnes-Konzern in die Hände der Indesok Paper Co. Ltd. in Edinburgh (Großbritannien) übergegangen.

Nach der "Frankfurter Zeitung" hat William Harrison, der Herrscher dieses englischen Papierkonzerns, bei einer Versteigerung noch die in Zahlungsschwierigkeiten befindliche Papierfabrik Löbbecke in Oberlahnstein erworben.

Sanatorien!

Die deutschen Papiererzeugungsindustriellen belieben bekanntlich bei Besprechungen über die sanitären und hygienischen Verhältnisse der Papiererzeugungsindustrie ihre Betriebe - und besonders die Zellstoffabriken - als Sanatorien und Lungenheilstätten hinzustellen.

Wie es in Wirklichkeit mit den Gesundheitsverhältnissen, besonders in den Papierfabriken, aussieht, darüber plaudert in recht treffender Weise in der "Papierzeitung" Nr. 67 1926 ein mit "Hummel" zeichnender Unternehmer oder höherer technischer Angestellter unter der Überschrift: "An alle, die Papier kaufen" u. a. folgendermaßen:

Meine 4 Papiermaschinen laufen: eine weiß, eine schwarz, eine rot, eine grün. Das sehen Sie meinen Holländermüllern an; wie die Holländer, so die Müller, prächtig in Färbung!

Speziell im deutschen Schnurbart hängt die Geschichte. Ja, Martin, spricht die Frau des Werkführers, was bringst du mir für Schmeuzschwein, überhaupt, was machst du mit der Wäsche?

Schah, das versteht du nicht, das geht nicht anders. Ich wasche mir in der Schicht zehnmal die Hände. Trotz aller Vorsicht, die Luft ist voll Farbe. An Geländern und Türklinken, überall, wo ich hingehe, unsichtbarer Farbstaub. Denk mal, 15 Kilogramm Ruß im Holländer.

Hummel, Hummel werden die Fabrikanten beim Lesen dieser Zeilen ausrufen, da hast du in ein böses Wespennest gestochen. G. Stähler.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Von der Werbewoche.

Ein Kollege schreibt aus Berlin: Wir freuen uns natürlich über die Tätigkeit des Kollegen Fir, der es an einem Tage fertigbrachte, 10 Aufnahmen zu machen, genau so, wie wir uns über jeden anderen Kollegen freuen, dem es gelingt, in einer Woche eine Aufnahme zu machen. Da aber in eurer Aufforderung (Siehe Einlage "Jehn auf einen Hieb") im "Proletarier" Nr. 38. Mittelspalte, erste Seite) eine Frage steht, so teilen wir euch mit, daß unser Kollege Borgsdorf am Montag, dem 13. Sept. 1926, 20 Aufnahmen gemacht hat, und zwar 17 für den Fabrikarbeiterverband und 3 für den Maschinen- und Heizerverband. Außerdem sind am gleichen Tage noch 5 Aufnahmen anderer Kollegen abgeliefert. Dazu wäre noch zu sagen, daß in den letzten Monaten wöchentlich durchschnittlich 3 Aufnahmen an die Zahlstelle abgeliefert wurden, wobei zu bemerken ist, daß die Zahl nicht übertrieben ist, und daß diese Neuaufnahmen sich auf alle Arbeiteramtmitglieder verteilen.

Zusammenfassend möchten wir sagen, daß uns nicht unser Ehrgeiz zu diesem Schreiben veranlaßt; wir hoffen aber, daß durch die Veröffentlichung im "Proletarier" erreicht wird, daß unser Kollege Borgsdorf mit seinen 20 Aufnahmen noch übertrumpft wird.

Die Räder.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß - besonders die Arbeiter der technischen und lebenswichtigen Betriebe, - von ihren Vorgesetzten aufgefordert werden, auf eine Zeitschrift "Die Räder" zu abonnieren. Oftmals wissen die Kollegen gar nicht, um was für eine Schrift es sich handelt, bis sie dann bei erster Gelegenheit merken, daß es die offizielle Zeitung der "Technischen Räder" ist. Also derselben "Tend", die bereit ist, bei jeder ernsthaften Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit Streikbrecherdienste zu leisten. Die meisten Arbeiter haben deshalb auch gar kein Interesse daran, eine solche arbeitserfindliche Einrichtung zu unterstützen.

Insum ist es aber, wenn Vorgesetzte ihre Macht und die wirtschaftliche Notlage der Arbeiter ausnützen, um sie zum Bezuge und zur Unterfertigung der "Räder" und damit der "Tend" zu zwingen. Es sind uns Fälle bekannt, wo Vorgesetzte die einzelnen Arbeiter zur Unterschrift aufgefordert haben mit der Bemerkung: Sie wollen doch noch länger bei uns arbeiten? Was das bedeutet, weiß jeder Arbeiter! Wo derartige geschieht, sollte unverzüglich die Organisation und auch der Betriebsrat in Kenntnis gesetzt werden. Denn im Falle einer Kündigung oder Entlassung liegt hier ganz zweifellos der Verdacht vor, daß die Kündigung erfolgte wegen der Nichtgehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein! (Siehe S. 84 Ziffer 1 BGG.)

Die führenden Herren der Industrie, die immer und besonders in letzter Zeit so viel von Werksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft reden und schreiben, möchten wir einmal öffentlich fragen, ob sie ein solches Vorgehen ihrer Untergebenen billigen?

Soll diese Vergewaltigung der freien Meinung ein Anstoß oder eine Frucht der dießjährigen "Werksgemeinschaft" sein?